

Thomas Milic, Philippe Rochat

VOLKSABSTIMMUNG ÜBER DAS INITIATIVBEGEHREN ZUR AUFHEBUNG DES GESETZES ÜBER DEN LIECHTENSTEINISCHEN RUNDFUNK (PRIVATISIERUNG RADIO L) VOM 27. OKTOBER 2024

ERGEBNISSE EINER ONLINEUMFRAGE



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	3
Abstimmungshistorie	5
Amtliches Ergebnis	6
Unterschriftensammlung und Abstimmungsresultat	7
Stimmbeteiligung	8
Ungültige Stimmen.....	9
Umfrage zur Volksabstimmung	10
Informationen zur Datenerhebung.....	11
Entscheidungszeitpunkt und -schwierigkeit der Abstimmenden	12
Stimmverhalten nach politischen Merkmalen	13
Stimmverhalten nach soziodemografischen Merkmalen	14
Stimmverhalten nach Vertrauen in die Institutionen.....	15
Motive der Ja-Stimmenden	21
Motive der Nein-Stimmenden.....	23
Anklang der Pro-Argumente	25
Anklang der Kontra-Argumente	28
Argumententest	31
Typisierung der Stimmenden anhand Mediennutzung und Argumentenhaltung	32
Wichtigkeit der Informationskanäle	34
Wichtigkeit der Informationskanäle nach Entscheid	35
Wichtigkeit der Informationskanäle über die Zeit.....	36
Beeinflussung durch Empfehlungen zur Abstimmung.....	37
Beeinflussung durch Empfehlungen zur Abstimmung nach Entscheid.....	38

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

DpL	Demokraten pro Liechtenstein
FBP	Fortschrittliche Bürgerpartei
FL	Freie Liste
LRF	Liechtensteinischer Rundfunk
LRFG	Gesetz über den Liechtensteinischen Rundfunk
VU	Vaterländische Union

Zusammenfassung

Der Entscheid zur Aufhebung des LRF-Gesetzes fiel den wenigsten schwer. Denn der Entscheidungsgegenstand, Radio Liechtenstein, war den allermeisten vertraut. Die Anhängerschaft der DpL, jener Partei, die das Volksbegehren lancierte, stimmte der Aufhebung mit überwältigender Mehrheit (94 %) zu. Auch die Parteiungebundenen legten mehrheitlich (64 %) ein Ja in die Urnen. Gespalten war die VU-Anhängerschaft: 52 Prozent von ihnen nahmen die Initiative an, 48 Prozent lehnten sie ab. Die Sympathisanten der FBP und FL verwarfen die Gesetzesaufhebung indessen mehrheitlich (62 bzw. 68 %).

Unter den Initiativbefürwortenden dominierte eine Trias von Motiven, die überdies oft gemeinsam genannt wurden: Kosten, vergangene Kostenüberschreitungen und Programmangebot bzw. -qualität. Über eine zu lange Zeit wurde zu viel Geld bei gleichzeitig stagnierendem/r bzw. sich verschlechterndem/r Angebot/Qualität ausgegeben, befand eine klare Mehrheit der Ja-Stimmenden. Das alleine hätte aber – angesichts des relativ knappen Ergebnisses von 55 zu 45 Prozent – wahrscheinlich noch nicht für ein Ja ausgereicht. Hinzu kamen grundsätzliche, medienökonomische bzw. ordnungspolitische Motive: Nicht der Staat, sondern Private sollen Medien betreiben –



so die Überzeugung dieser Gruppe von Stimmenden. Weitere 10–15 Prozent der Motive bezogen sich auf unternehmerische bzw. politische Fehler in der Vergangenheit: «Langjährige Misswirtschaft» wurde von diesen Ja-Stimmenden oft als Entscheidungsgrund angeführt. Und schliesslich gab es auch einige, die ihr zustimmendes Votum damit begründeten, dass sie ohnehin kein Radio hören.

Umgekehrt ist eine Mehrheit der Nein-Stimmenden überzeugt, dass es einen öf-

fentlich-rechtlichen Radiosender braucht: Entweder, weil nur ein solcher Sender gewisse demokratienotwendigen Funktionen ausüben könne oder ein anderes Modell (Privatradio) aufgrund medienökonomischer Überlegungen im kleinräumigen Liechtenstein zwingend scheitern würde. Hinzu kommt eine nicht unerhebliche Zahl von Nein-Stimmenden, die sich um die Medienvielfalt sorgt, sollte das Radio seinen öffentlich-rechtlichen Status verlieren. Schliesslich wollten je rund 10 Prozent dem neu aufge-

Zusammenfassung

stellten Radio eine Chance geben bzw. waren auch bisher bereits vom Programm/von der Qualität überzeugt.

Die Analyse offenbart weiter, dass sowohl die meisten Pro- wie auch die meisten Kontra-Argumente Mehrheiten fanden. Das ist ungewöhnlich, zeigt aber, dass der Stimmentscheid für einige Bürgerinnen und Bürger nicht mit grundsätzlichen, fixen Haltungen (z. B. Staat vs. Markt) verbunden war, sondern einen Abwägungsprozess darstellte. Festzuhalten ist, dass eine Mehrheit (58 %) einen Liechtensteiner Radiosender will. Für eine Minderheit braucht es hingegen keinen landeseigenen Radiosender, entweder weil man generell kein Radio hört¹ oder der Ansicht ist, gleichwertige Informationen aus anderer Quelle in ausreichender Qualität beziehen zu können. Diese Gruppe hat meist mit «Ja» gestimmt. Ein weiterer Teil der Stimmenden möchte zwar einen landeseigenen Sender; er soll aber nicht öffentlich-rechtlich, sondern privatrechtlich organisiert sein. Auch diese Gruppe legte in der Regel ein Ja ein. Eine dritte Gruppe, welche das Gros der Nein-Stimmenden ausmacht, sieht hingegen in der öffentlich-rechtlichen Organisation des Radios die einzige Lösung für Liechtenstein, sei es aus demokratietheoretischen² und/oder medienökonomischen Gründen. Eine letzte Gruppe will ein liech-

tensteinisches Radio. Die Organisationsform ist für diese Gruppe wohl zweitrangig. Das Radio soll aus ihrer Sicht primär weniger kosten und ein besseres Angebot zur Verfügung stellen. Sie bezweifeln in ihrer Mehrheit jedoch, dass ein Privatrado ohne staatliche Unterstützung überleben kann und stimmen deshalb grossmehrheitlich gegen die von der Initiative geforderte Gesetzesaufhebung.

1) Rund 27 % der Stimmenden gaben an, Radio Liechtenstein nie zu hören. Ob diese Gruppe allenfalls andere Radiosender hört, wurde nicht abgefragt.

2) Also beispielsweise die (schnelle) Bereitstellung unabhängiger, neutraler Informationen, aber auch von Notfallinformationen.

Abstimmungshistorie

Radio Liechtenstein war in der Vergangenheit wiederholt Gegenstand von Debatten in Politik, Medien und Öffentlichkeit. Die Finanzierung im Speziellen wurde Ende 2022 abermals zum Thema. Die finanzielle Schiefelage des Senders erforderte einen Nachtragskredit in der Höhe von 600'000 CHF, den der Landtag am 6. September 2023 bewilligte. Die von der VU beantragte Prüfung von Privatisierungsvarianten wurde indessen hauchdünn (12:13 Stimmen) abgelehnt. Die Demokraten pro Liechtenstein (DpL) arbeiteten daraufhin eine Initiative zur Aufhebung des LRF-Gesetzes aus, die im März 2024 eingereicht wurde.

In der Zwischenzeit (Dezember 2023) wurde die strategische Führung des Radios Jürg Bachmann übertragen, der sodann ein Konzept zur Neuausrichtung des Senders entwickelte. Das Konzept wurde vom Landtag im Juni 2024 genehmigt, womit eine Änderung des Finanzierungsmodus einherging. Der Landesbeitrag an das Radio war bis dahin Teil des Landesvoranschlages, d.h. des Budgets des gesamten Staathaushaltes, welches jährlich beschlossen und per Dringlichkeitsklausel dem Referendum entzogen wurde. Neu wurde der Landesbeitrag für vier Jahre, d.h. für die Jahre 2025 bis 2028, vom Landtag festgelegt. Gesprochen wurde ein jährlicher Beitrag von CHF 3,95 Mio.

Währenddessen, im März 2024, reichte die DpL ihr Volksbegehren ein. Die Initiative verlangte die Abschaffung des Gesetzes über den Liechtensteinischen Rundfunk per Ende 2025. Bei einer Annahme der Initiative würde Radio Liechtenstein demnach ab dem 1.1.2026 dem Medienförderungsgesetz unterstellt. Nach Beendigung des Vorprüfungsprozesses im Juni 2024 konnte die Unterschriftensammlung beginnen.

Die DpL sammelte 1'729 gültige Unterschriften. Der Landtag lehnte die Initiative mit 23 zu 2 Stimmen ab. Einige der ablehnenden Abgeordneten äusserten in der Debatte indessen ihr Bedauern, dass der Landtag eine Prüfung von Privatisierungsvarianten 2023 abgelehnt hatte. Der Urnengang wurde anschliessend auf den 27. Oktober 2024 festgelegt.

Die Konfliktkonfiguration im Vorfeld der Abstimmung gab zu reden: Die DpL als Trägerin des Volksbegehrens engagierte sich zugunsten der Initiative. Die Freie Liste (FL) beschloss an ihrer Mitgliederversammlung die Nein-Parole. Der Landesvorstand der FBP wiederum sprach sich klar (92 %) gegen das Begehren aus. Die VU gab hingegen ein Ja als Empfehlung ab, wenngleich der Anteil der Zustimmung im Vorstand, 60 Prozent, darauf hinwies, dass die Meinungen zur LRFG-Aufhebung in der VU auseinandergingen. Zu re-

Abstimmungsverhalten im Landtag zum Initiativbegehren zur Aufhebung des Gesetzes über den Liechtensteinischen Rundfunk (Privatisierung Radio L) am 4. September 2024 (nach Parteien)

	Ja	Nein
FBP	0	10
VU	0	10
FL	0	3
DpL	2	0
TOTAL	2	23

den gab die Konfliktkonfiguration deshalb, weil die beiden Grossparteien erstmals seit 15 Jahren gegensätzliche Parolen fassten. Das Fürstenhaus verzichtete auf eine Abstimmungsempfehlung.

Der Abstimmungskampf verlief durchaus animiert. Wie üblich wurden Informationsveranstaltungen angeboten. Zeitungen, Fernsehen und das Radio führten Interviews und Streitgespräche durch. Das Radio warb überdies prominent mit dem Slogan «Miis Land, Miis Radio» in eigener Sache.

Die Abstimmung über die Aufhebung des LRF-Gesetzes war die siebte Vorlage und der fünfte Urnengang des laufenden Jahres – beides Rekordwerte für Liechtenstein.

Amtliches Ergebnis

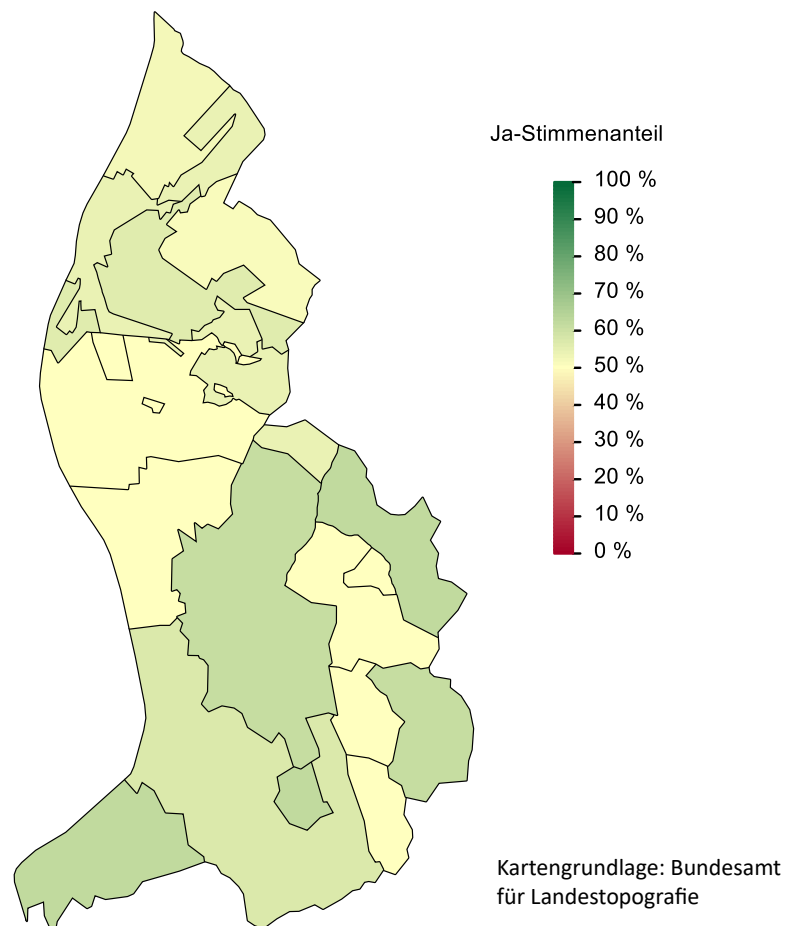
Abstimmungsergebnis vom 27. Oktober 2024

	Zahl
Stimmberechtigte	21'118
Abgegebene Stimmkarten	12'521
Stimmbeteiligung	59,3 %
Total gültige Stimmen	12'243
Ja-Stimmen	6'786
Nein-Stimmen	5'457
Ja-Anteil	55,4 %
Nein-Anteil	44,6 %

Quelle: [Amtliche Kundmachung vom 29.10.2024](#)

Das Initiativbegehren zur Aufhebung des Gesetzes über den Liechtensteinischen Rundfunk (Privatisierung Radio L) wurde mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 55,4 Prozent angenommen. In allen elf Gemeinden stiess die Initiative auf mehrheitliche Zustimmung. Am höchsten war die Zustimmung in der Gemeinde Balzers mit 62,8 Prozent, am tiefsten in der Gemeinde Schaan mit 50,7 Prozent.

Abstimmung Aufhebung LRF-Gesetz: Ergebnis in den Gemeinden



Unterschriftensammlung und Abstimmungsresultat

Für das «Initiativbegehren zur Aufhebung des Gesetzes über den Liechtensteinischen Rundfunk (LRF) (Privatisierung Radio L)» wurden 1'729 gültige Unterschriften gesammelt.

In der Tabelle ist die Zahl der Unterschriften bei Volksinitiativen und Referenden seit 2003 dargestellt. Für ein Referendum oder eine Gesetzesinitiative sind 1'000 Unterschriften erforderlich; für ein Staatsvertragsreferendum oder eine Verfassungsinitiative werden 1'500 Unterschriften benötigt.

Unterschriften für Referenden und Initiativen seit 2003 (grün=Vorlage angenommen)

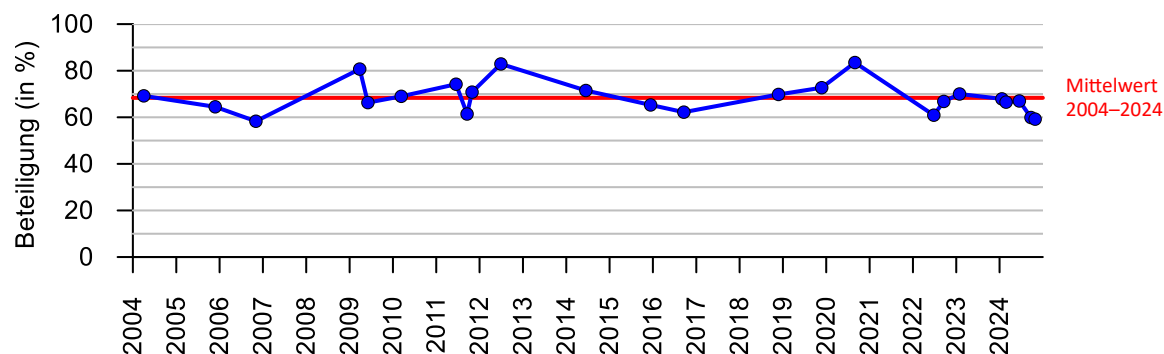
Jahr	Vorlage	Instrument	Quorum	Unterschriften	Ja (%)
2003	Verfassungsrevision (Fürst)	Initiative	1'500	6'244	64,3
2003	Verfassungsrevision (Komitee)	Initiative	1'500	2'200	16,6
2004	Obligatorische Unfallversicherung	Referendum	1'000	2'827	33,7
2004	Polizeigebäude/Sicherheitszentrum	Referendum	1'000	3'658	31,8
2005	Schwangerschaftsabbruch und Sterbehilfe	Initiative	1'500	1'891	18,7
2006	Halten von Hunden	Referendum	1'000	1'608	62,7
2009	Rauchverbot	Referendum	1'000	2'568	52,2
2009	SPES I	Referendum	1'000	2'256	47,1
2009	Mobilfunk	Initiative	1'000	2'088	57,0
2010	Industriezubringer Schaan	Referendum	1'000	1'257	51,9
2011	Partnerschaftsgesetz	Referendum	1'000	1'208	68,8
2011	Schwangerschaftsabbruch	Initiative	1'000	1'580	47,7
2011	Landesspital	Referendum	1'000	2'951	41,9
2012	Vetorecht des Fürsten	Initiative	1'500	1'726	23,6
2014	Pensionskasse – Win-Win-90	Initiative	1'000	2'361	43,9
2014	Pensionskasse – Win-Win-50	Initiative	1'000	2'327	49,7
2015	Krankenversicherungsgesetz	Referendum	1'000	2'636	53,2
2016	Familienzulagen	Initiative	1'000	1'144	17,6
2018	Tour de Ski	Referendum	1'000	1'730	40,7
2020	HalbeHalbe	Initiative	1'500	1'863	21,2
2022	Franchise-Befreiung	Initiative	1'000	2'846	63,9
2022	Gesetzliche Grundlage 2G	Referendum	1'000	3'572	47,3
2023	Casino-Verbot	Initiative	1'500	2'265	26,7
2024	Photovoltaik-Pflicht	Referendum	1'000	2'805	33,0
2024	Anpassung Gebäudevorschriften	Referendum	1'000	2'813	34,8
2024	Elektronisches Gesundheitsdossier	Initiative	1'000	1'828	46,1
2024	Volkswahl der Regierung	Initiative	1'500	1'956	32,0
2024	Ergänzungskredit Landesspital	Referendum	1'000	1'690	54,0
2024	Beitritt zum IWF	Referendum	1'500	2'745	55,8
2024	Aufhebung LRF-Gesetz	Initiative	1'000	1'729	55,4

Stimmbeteiligung

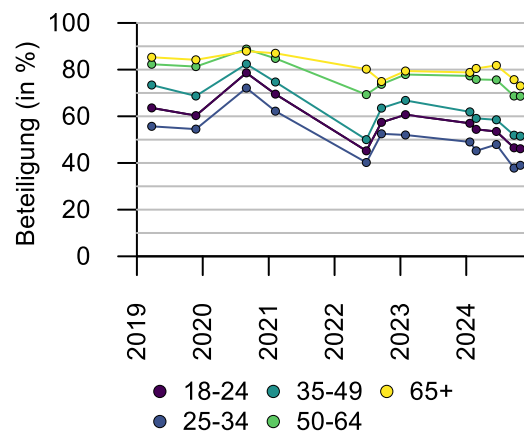
Die durchschnittliche Beteiligungsrateseit 2004 beträgt rund 68 Prozent. Mit einer Beteiligung von 59,3 Prozent liegt die Abstimmung vom 27. Oktober 2024 klar unter diesem Durchschnittswert und fast genau gleich hoch wie bei der vorangehenden Abstimmung vom 22. September 2024 (59,9 %). Tatsächlich handelt es sich um die zweitiefste Beteiligungsrateseit 2004. Einzig 2006 (Abstimmung über das Hundegesetz) wurde mit 58,3 Prozent eine noch tiefere Teilnahme erreicht.

Frauen (59,3 %) haben etwa gleich häufig teilgenommen wie Männer (59,2 %). Grösser sind die Differenzen wie üblich zwischen den Altersgruppen: Am fleissigsten nahmen – wie in den meisten Urnengängen seit 2019 – die über 64-Jährigen teil (73,0 %), wobei ein leichter Rückgang zur letzten Abstimmung zu beobachten ist. Die tiefste Beteiligungsrates weisen wie üblich die 25- bis 34-Jährigen auf (39,0 %). Die Beteiligung in dieser Altersgruppe ist im Vergleich zur vorangegangenen Abstimmung und im Gegensatz zu den anderen Altersgruppen leicht gestiegen.

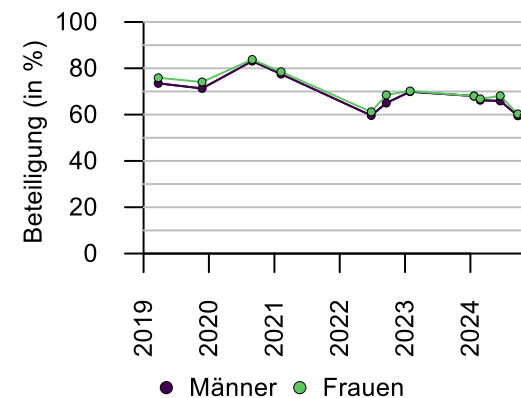
Stimmbeteiligung bei Volksabstimmungen seit 2004 (in Prozent)



Beteiligung nach Alter seit 2019 (in Prozent)



Beteiligung nach Geschlecht seit 2019 (in Prozent)

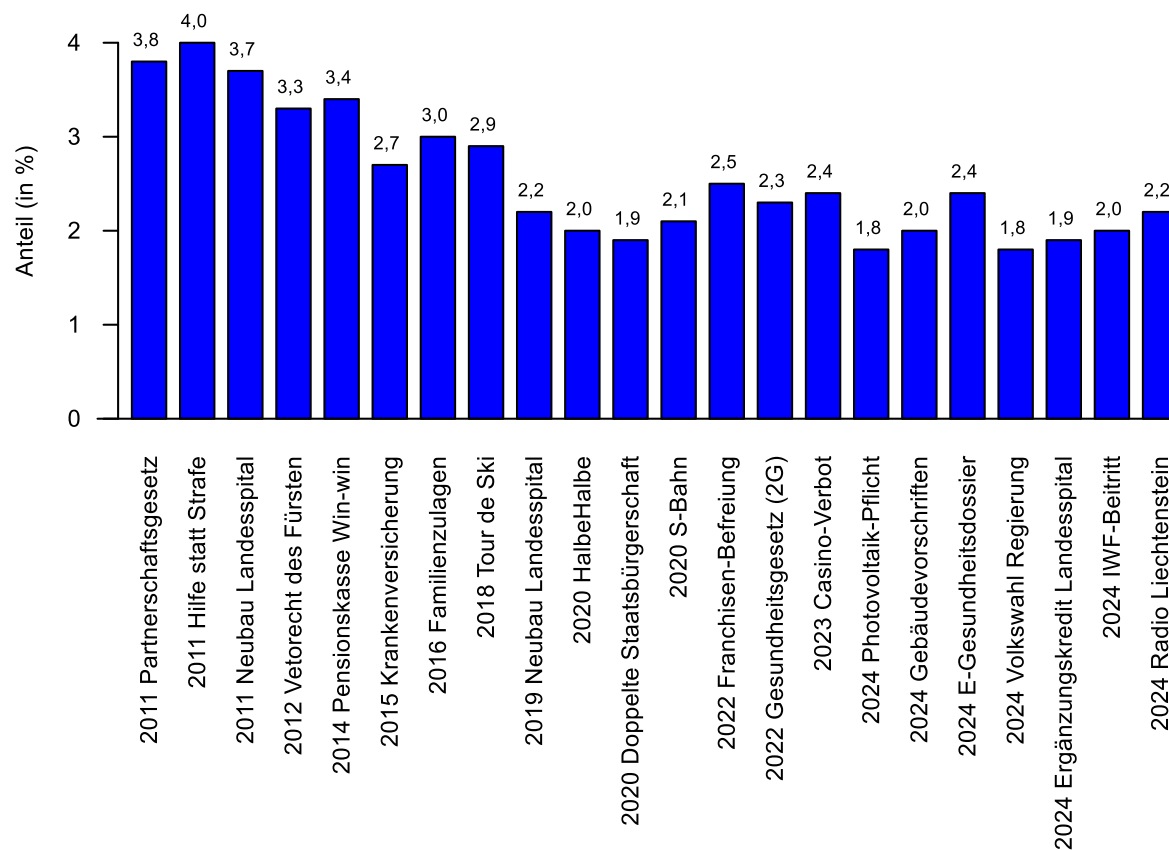


Quellen: Amtliche Kundmachungen zu den Abstimmungen; Stabsstelle Regierungskanzlei, Gemeinden.

Ungültige Stimmen

Rund 2,2 Prozent der abgegebenen Stimmen waren ungültig. Im Schnitt beträgt der Anteil ungültiger Stimmen seit 2011 rund 2,6 Prozent. Als «ungültige Stimmen» werden dabei die ungültig brieflich abgegebenen Stimmen, nicht eingelegte Stimmkuverts, ungültige Stimmzettel in den Stimmkuverts und leere Stimmkuverts gezählt.

Anteil ungültige Stimmen bei Volksabstimmungen seit 2011 (in Prozent)



Quelle: Amtliche Kundmachungen zu den Abstimmungsergebnissen.

Umfrage zur Volksabstimmung

In Kooperation mit dem Liechtensteiner Vaterland führte das Liechtenstein-Institut eine Onlineumfrage zur Abstimmung vom 27. Oktober 2024 durch. Die Konzeption, Durchführung und Auswertung lag im alleinigen Verantwortungsbereich des Liechtenstein-Instituts, während das Liechtensteiner Vaterland wesentlich für die wiederholte öffentlichkeitswirksame Information und Aufforderung zur Teilnahme an der Umfrage via eigene Print- und Onlinemedien sowie Social-Media-Kanäle zuständig war. Daneben wurde auch auf Radio Liechtenstein und 1FL TV zur Umfrageteilnahme aufgerufen.

Der Anteil brieflich abgegebener Stimmen betrug in den letzten zehn Jahren jeweils über 95 Prozent. Demnach werden die Stimmenscheide in den allermeisten Fällen deutlich vor dem Abstimmungssonntag gefällt. Entsprechend wurde die Umfrage bereits am 15. Oktober lanciert, also rund zwei Wochen vor dem Abstimmungstermin. Die Umfrage wurde am Abstimmungssonntag um Mitternacht beendet.

Die Umfrage stand für alle Bevölkerungsgruppen offen. Fragen nach Alter und Stimmberechtigung lassen Auswertungen zu, die die Gesamtheit der Umfrageteilnehmenden oder nur die Stimmberechtigten berücksichtigen. In den nachfolgenden Analysen werden jeweils nur die Stimmenden berücksichtigt.

Verglichen mit der tatsächlichen Zusammensetzung der Bevölkerung beziehungsweise der Stimmberechtigten nach soziodemografischen und Einstellungsmerkmalen weichen die Umfrageteilnehmenden in einigen Aspekten von der Grundgesamtheit ab. In der Umfrage sind beispielsweise die Männer sowie das mittlere Alterssegment übervertreten (vgl. Tabelle). Solche Verzerrungen sind für Onlineumfragen typisch, nicht nur in Liechtenstein. Um diese Verzerrungen im Datensatz auszugleichen, wurde in diesem Bericht bei den Datenanalysen eine Gewichtung nach Alter, Geschlecht und Stimmenscheid vorgenommen.

Im Vergleich zu telefonischen Befragungen schneiden Onlineumfragen generell nicht schlechter ab, denn auch bei Telefonumfragen zeigen sich Abweichungen vom Bevölkerungsquerschnitt, allerdings in anderer Richtung, da beispielsweise die Jungen zunehmend untervertreten sind.

Für die statistische Auswertung wurden basierend auf den Umfragedaten teilweise neue Variablen gebildet. Auf den Abbildungen des vorliegenden Berichts werden auf ganze Zahlen gerundete Werte ausgewiesen. Aufgrund von Rundungsdifferenzen kann es vorkommen, dass die Summe der gerundeten Werte nicht genau 100 Prozent ergibt.

Vergleich Anteile Umfrage und Anteile gemäss offizieller Beteiligungsstatistik

Stimmberechtigte	IST %	Umfrage %
Geschlecht		
Männer	48,9	69,6
Frauen	51,1	30,4
Alter		
18–24 Jahre	8,1	3,4
25–34 Jahre	10,2	10,6
35–49 Jahre	18,7	33,5
50–64 Jahre	29,5	35,0
65+ Jahre	33,6	17,5
Stimmenscheid		
Ja	55,4	58,6
Nein	44,6	41,4

Quellen: eigene Berechnungen auf Basis der Statistiken zur Wahlbeteiligung der Stabsstelle Regierungskanzlei (SRK).

Informationen zur Datenerhebung

Informationen zur Datenerhebung

Durchführung

Liechtenstein-Institut

Medienpartner

Liechtensteiner Vaterland

Fragebogen

Liechtenstein-Institut

Methode

Offene Onlineumfrage

Grundgesamtheit

Keine Begrenzung

Stichprobe

Keine Stichprobe, offene Befragung

Onlinezugang

15.10.2024 (00:00 Uhr) bis 27.10.2024
(24:00 Uhr)

Gültige Teilnahme

907 Befragte

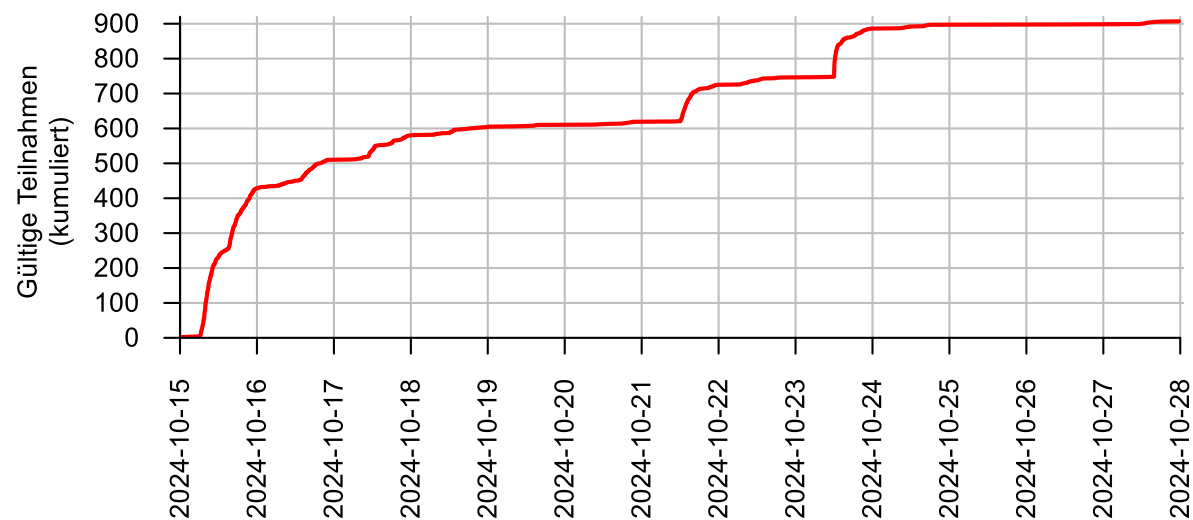
Vertrauensbereich/Messgenauigkeit

Max. +/-3,5 Prozentpunkte bei 50/50-Verteilung
(95 Prozent Sicherheit)

Gewichtung

Nach Alter, Geschlecht, Entscheid
(begrenzt bei max. 4.0 bzw. min. 0.25)

Rücklauf der gültigen Teilnahmen über die Zeit

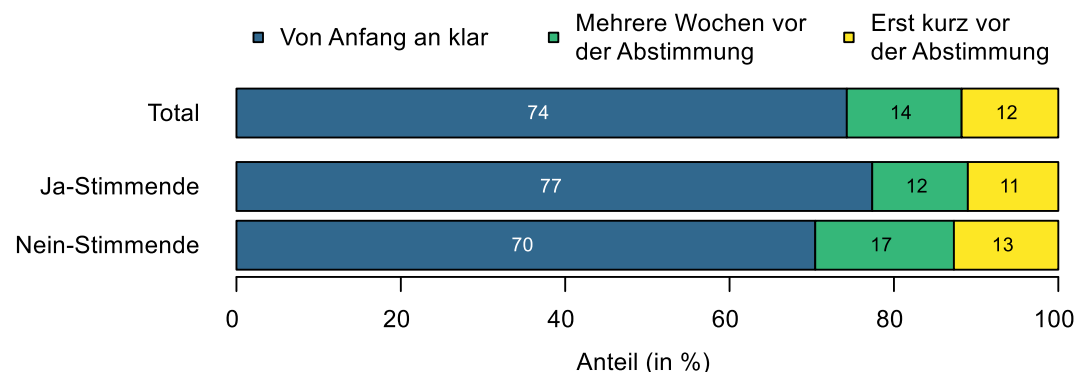


Entscheidungszeitpunkt und -schwierigkeit der Abstimmenden

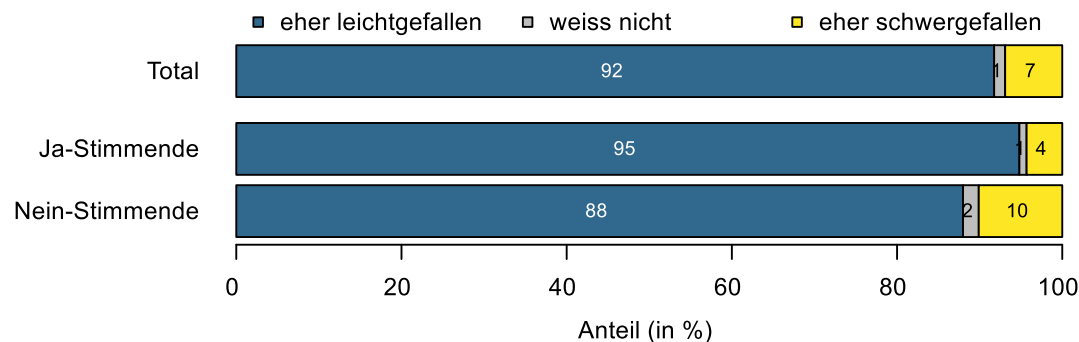
Drei Viertel der Befragten wussten gemäss eigenem Bekunden von Beginn weg, wie sie abstimmen werden (74 %). Folglich legte sich ein Viertel der Stimmenden erst im Verlaufe des Abstimmungskampfes fest (26 %). Ja-Stimmende waren sich insgesamt etwas häufiger von Anfang an sicher als die Nein-Stimmenden, von denen sich aber etwa jede/r Sechste bereits mehrere Wochen vor der Abstimmung entschieden hatte (17 %).

Ferner fiel es neun von zehn Teilnehmenden eher leicht zu verstehen, worum es inhaltlich bei der Vorlage ging (92 %). Dies ist der höchste Wert von allen Vorlagen, über die dieses Jahr bereits abgestimmt wurde. Eher schwer fiel der Entscheid nur etwa sieben Prozent der Stimmenden. Den Nein-Stimmenden fiel es etwas schwerer als den Ja-Stimmenden. Von Letzteren sagen 95 Prozent, dass es ihnen eher leichtgefallen sei.

Entscheidungszeitpunkt der Abstimmenden (in Prozent; N = 907)



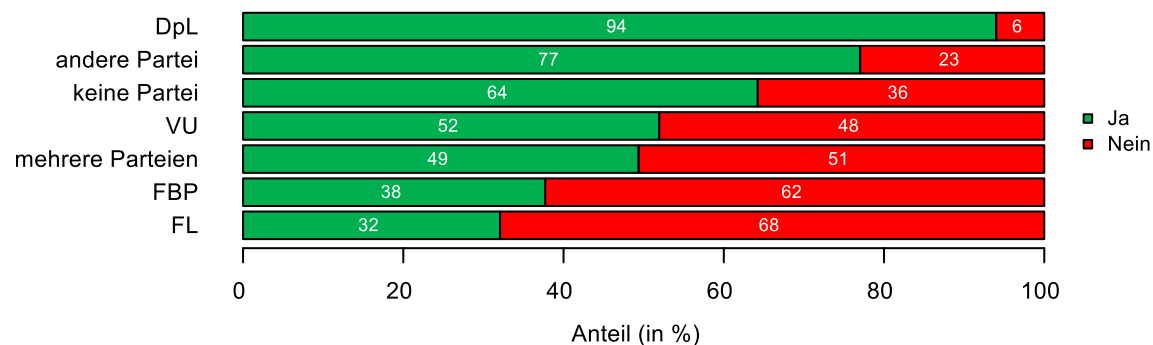
Entscheidungsschwierigkeit der Abstimmenden (in Prozent; N = 907)



Stimmverhalten nach politischen Merkmalen

Die Initiative stiess allen voran unter den Anhängerinnen und Anhängern der Demokraten pro Liechtenstein (DpL) auf grosse Zustimmung. 94 Prozent von ihnen legten ein Ja in die Urne. Auf der anderen Seite des Spektrums finden sich die Sympathisierenden der Freien Liste (FL). Sie lehnten die Vorlage grossmehrheitlich (68 %) ab, während rund ein Drittel (32 %) von ihnen eine Ja-Stimme in die Urnen legte. Die Anhängerschaften der beiden Grossparteien stimmten unterschiedlich ab. Während die FBP-Sympathisierenden das Begehren mehrheitlich (62 % Nein-Stimmende) verwarfen, stimmte ihr eine knappe Mehrheit von 52 Prozent der VU-Sympathisierenden zu. Ebenfalls auf Zustimmung stiess die Vorlage in der zahlenmässig nicht unerheblichen Gruppe der Parteiungebundenen (64 % Ja) sowie unter den Anhängerschaften von weiteren, momentan nicht im Parlament vertretenen Parteien.¹

Stimmentscheid nach Parteisympathie (in Prozent; N = 907)



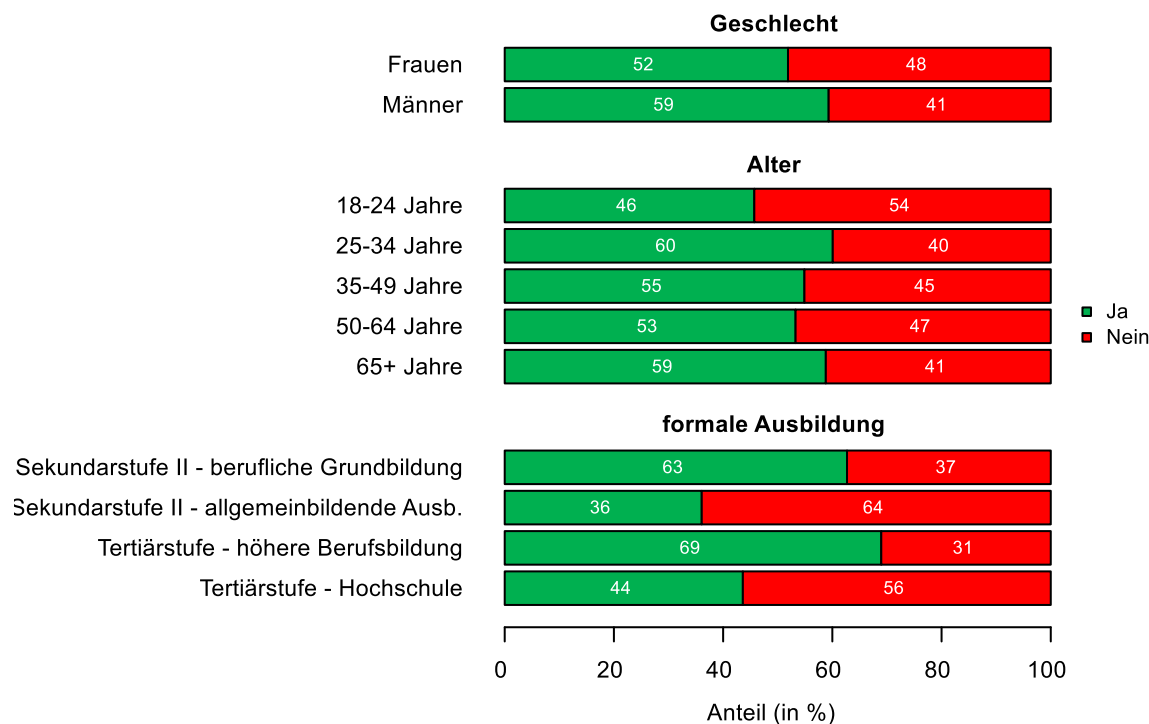
1) Insbesondere bei den anderen Parteien ist die geringe Fallzahl zu beachten. Aufgrund dessen ist die statistische Fehlermarge hoch.

Stimmverhalten nach soziodemografischen Merkmalen

Sowohl Frauen wie auch Männer haben dem Initiativbegehren mehrheitlich zugestimmt (52 %, resp. 59 %). Darüber hinaus stiess die Initiative in allen Altersgruppen ausser der jüngsten auf mehrheitliche Zustimmung. Bei den 18- bis 24-Jährigen resultiert in der Analyse zwar ein mehrheitliches Nein, aufgrund der geringen Fallzahl ist die statistische Fehlermarge jedoch zu gross, um mit genügender statistischer Sicherheit tatsächlich von einem mehrheitlichen Nein zur Initiative auszugehen.

Einen (allerdings nicht allzu tiefen) Graben legt sodann die Frage nach dem höchsten formalen Bildungsabschluss offen. Abgelehnt wurde die Aufhebung des LRF-Gesetzes einerseits von Hochschul-Absolventinnen und -Absolventen (Fachhochschule oder Universität) sowie von Personen mit Abschluss einer allgemeinbildenden Ausbildung auf Sekundarstufe II (gymnasiale Maturität, Diplommittelschulen) (56 resp. 64 %). Ihnen stehen einerseits Personen mit Abschluss einer höheren Berufsbildung auf Tertiärstufe (Höhere Fachschule, höhere Fach- und Berufsausbildung) und andererseits Personen mit beruflicher Grundbildung (Sekundarstufe II – berufliche Grundbildung) gegenüber. Diese haben die Initiative mehrheitlich angenommen (69 resp. 63 %).

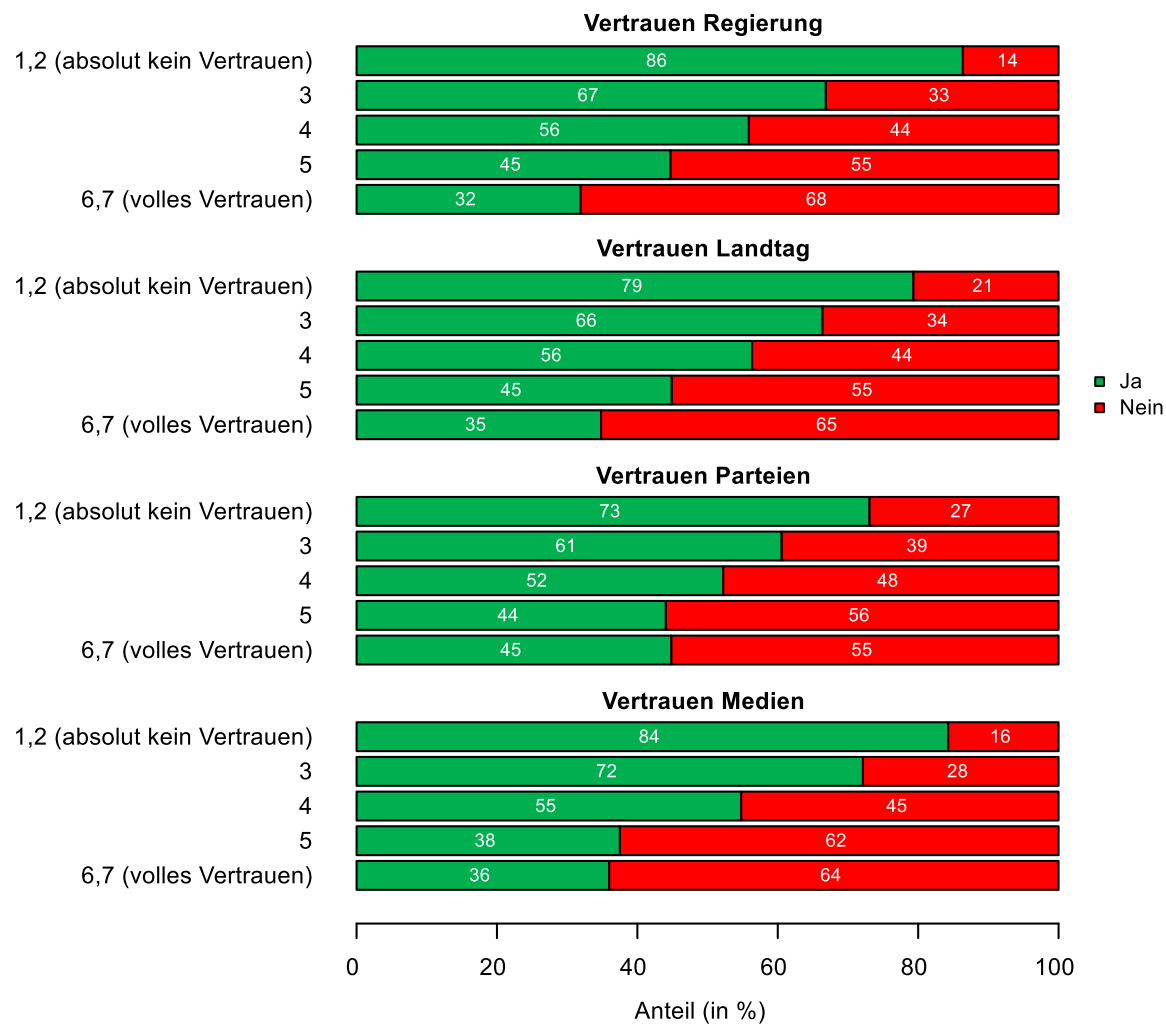
Stimmentscheid nach soziodemografischen Merkmalen (in Prozent; N = 907)



Stimmverhalten nach Vertrauen in die Institutionen

Wie häufig bei Urnenabstimmungen gibt es auch Korrelationen zwischen Stimmenscheid und dem Vertrauen in die Institutionen. Je höher das Vertrauen in die Regierung, den Landtag, die politischen Parteien oder die liechtensteinischen Medien, desto eher wurde das Initiativbegehren zur Aufhebung des LRF-Gesetzes abgelehnt.

Stimmenscheid nach Institutionenvertrauen (in Prozent; N = 907)

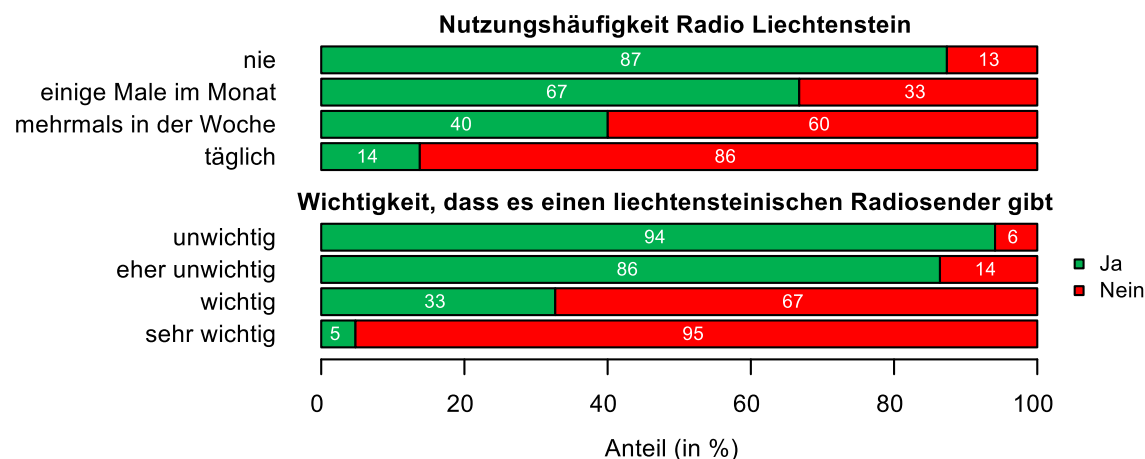


Stimmverhalten nach Ansichten zu Radio Liechtenstein I

Schliesslich hängt der Stimmentscheid auch mit der Wahrnehmung und Nutzung von Radio Liechtenstein zusammen. Zunächst nimmt die Zustimmung zur Aufhebung des LRF mit zunehmender Nutzungshäufigkeit ab. Sprechen sich von denjenigen, die Radio Liechtenstein nie hören, noch 87 Prozent für die Initiative aus, lehnen 86 Prozent der täglich Nutzenden das Initiativbegehren ab.

Eine weitere Zäsur besteht in der grundsätzlichen Frage der Wichtigkeit eines liechtensteinischen Radiosenders. Wer die Existenz eines liechtensteinischen Radiosenders grundsätzlich – unabhängig, ob öffentlich-rechtlich oder privat – für unwichtig oder eher unwichtig hält, stimmte der Initiative deutlich zu (94 resp. 86 %). Wer die Existenz eines liechtensteinischen Radiosenders hingegen wichtig oder sogar sehr wichtig findet, lehnte die Initiative mit grosser Wahrscheinlichkeit ab (67 resp. 95 %).

Stimmentscheid nach Ansichten zu Radio Liechtenstein (in Prozent; N = 907)



Stimmverhalten nach Ansichten zu Radio Liechtenstein II

Nutzung und Bedeutungszumessung korrelieren erwartungsgemäss stark. Für 91 Prozent jener, die kein Radio Liechtenstein hören, ist die Existenz eines liechtensteini-schen Radiosenders unwichtig oder eher unwichtig.

27 Prozent der Stimmenden hört eigenen Angaben gemäss kein Radio Liechtenstein. In einer Bevölkerungsumfrage (Stimmbe-rechtigte sowie in Liechtenstein lebende Ausländer und Ausländerinnen), die Ende 2023 durch das Liechtenstein-Institut durch-geführt wurde, betrug dieser Anteil 32 Pro-zent also (Milic et al. 2023). Allerdings fällt auf, dass junge Stimmberechtigte, die an der Abstimmung teilnahmen, eine signifikant höhere Nutzungsintensität des Radios an-gaben als Junge in der Bevölkerungsbefragung 2023. Dieser Befund nährt die Vermutung, dass junge Stimmberechtigte, die kein Radio hören, der Abstimmung überdurchschnitt-lich stark fernblieben.

Weiter war rund die Hälfte (48 %) der Stimmenden grundsätzlich der Ansicht, es sei unwichtig bzw. eher unwichtig, dass es einen landeseigenen Radiosender gibt, wäh-rend knapp 47 Prozent der gegenteiligen Auf-fassung sind. Der Rest (5 %) hat hierzu keine Meinung. Das deckt sich ziemlich genau mit den Haltungen der Gesamtbevölkerung 2023 und 2018 zur gleichen Frage. In der Bevölke-

rungsumfrage 2023, die Stimmberechtigte sowie in Liechtenstein lebende Ausländer und Ausländerinnen umfasste, gaben 46 Prozent an, ein Liechtensteiner Radiosender sei unwichtig oder eher unwichtig, während 43 Prozent einen solchen Sender für wichtig oder sehr wichtig halten.

Daraus lässt sich schliessen: Die Haltungen dazu, wie wichtig ein landeseigener Radiosender ist, haben sich seit 2018 kaum verändert – obwohl sich in der Liechtenstei-ner Medienlandschaft im Generellen und bei Radio Liechtenstein im Speziellen durchaus einiges getan hat. Überdies ist anzunehmen, dass rund die Hälfte der Stimmenden wohl auch eine Abschaffung des Radios zumindest in Kauf nehmen würde. Denn aus ihrer Sicht ist die Existenz eines Radiosenders aus dem Land (eher) unwichtig.

Quellen:

Milic, T.; Rochat, P.; Meier, J. (2023): Mediennutzung und Informationsverhalten in Liechtenstein. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Regierung. Gamprin-Bendern: Liechtenstein-Institut.

Marxer, Wilfried (2018): Umfrage zu Medien und Medien-förderung in Liechtenstein. Studie im Auftrag des Minis-teriums für Infrastruktur, Wirtschaft und Sport. Bendern: Liechtenstein-Institut.

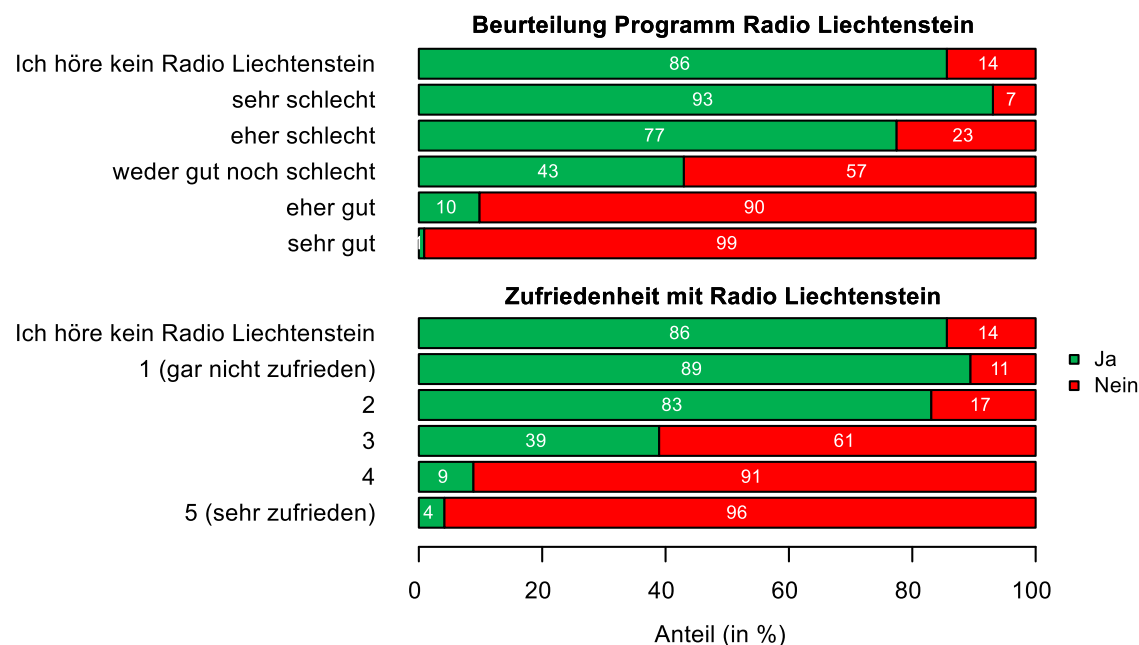
Stimmverhalten nach Ansichten zu Radio Liechtenstein III

Darüber hinaus zeigt sich eine starke Korrelation mit der Beurteilung des Programms von Radio Liechtenstein. Wer das Radioprogramm insgesamt sehr oder eher schlecht findet, stimmte der Initiative massiv zu (93 resp. 77 %), während Personen, die mit dem Programm sehr oder eher zufrieden sind, kaum je ein Ja in die Urnen einlegten (1 resp. 10 %). In der mittleren, neutralen Personen-Gruppe, die das Programm weder ausgesprochen schlecht noch gut beurteilt, stiess die Initiative insgesamt auf Ablehnung (57 %), während Personen, die gar kein Radio Liechtenstein hören, der Initiative klar zustimmten (86 %).

Der Stimmentscheid korreliert zudem stark mit der allgemeinen Zufriedenheit mit Radio Liechtenstein. Je grösser die Zufriedenheit mit Radio Liechtenstein ist, desto tiefer ist die Zustimmung zur Initiative. Die Zufriedenheit mit dem Programm und die Bewertung des Programms fielen weitestgehend deckungsgleich aus.

Wer kein Radio Liechtenstein hört, gab grossmehrheitlich auch keine Bewertung ab (66 %). Einige äusserten sich trotzdem und dies fast ausschliesslich negativ.

Stimmentscheid nach Ansichten zu Radio Liechtenstein (in Prozent; N = 907)



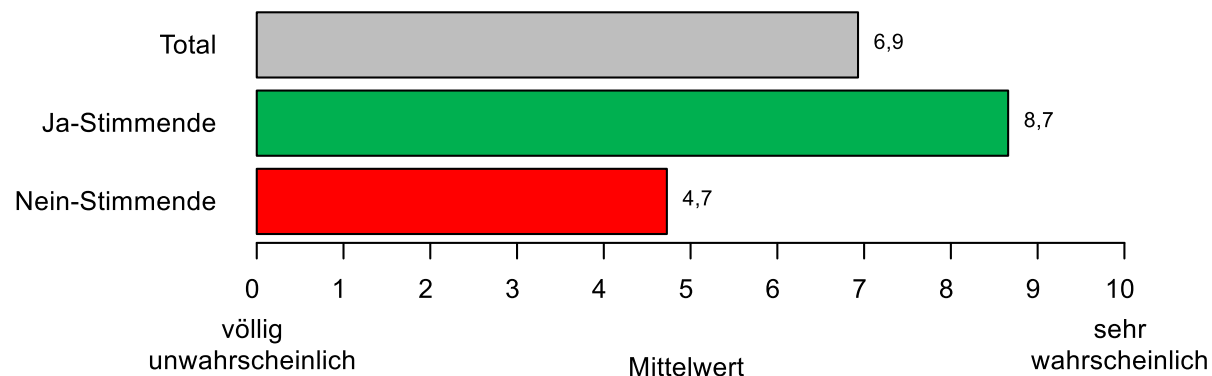
Erwartungen I

Mit dem Stimmentscheid werden in der Regel gewisse Erwartungen betreffend Auswirkungen verknüpft. In der Umfrage wurden drei mögliche zukünftige Szenarien abgefragt. Die Befragten hatten dabei die Möglichkeit, die Eintrittswahrscheinlichkeit der Szenarien anzugeben. Der Wert 0 bedeutete, dass man dieses Szenario für völlig unwahrscheinlich hielt, der Wert 5, dass die Chancen bei rund 50/50 liegen (d.h. maximale Unsicherheit) und der Wert 10, dass man überzeugt war, dass dieses Szenario eintreten wird.

Das erste Szenario ging von einer Ablehnung der Initiative aus und postulierte in solch einem Fall mittelfristig steigende Staatsbeiträge an Radio Liechtenstein. Im Schnitt wurde die Wahrscheinlichkeit steigender Staatsbeiträge bei 6,9 eingestuft. Eine Mehrheit erwartete demnach steigende Kosten bei Ablehnung der Initiative. Ja-Stimmende hielten dies sogar für sehr wahrscheinlich (Mittelwert 8,7), Nein-Stimmende für weniger wahrscheinlich (Mittelwert: 4,7). Aber auch Letztere schlossen das Szenario steigender Beiträge längst nicht immer aus. Fast ein Drittel (31 %) von ihnen wies diesem Szenario eine Wahrscheinlichkeit von über 50 % zu.

Erwartungen (Mittelwert auf der Skala von 0 bis 10; N = 907)

«Wird die Initiative abgelehnt, wird der Staatsbeitrag an Radio Liechtenstein mittelfristig weiter ansteigen.»



Erwartungen II

Die Wahrscheinlichkeit, dass es im Falle einer Annahme der Initiative mittelfristig keinen liechtensteinischen Radiosender («Abschaffungs-Szenario») mehr geben wird, wurde auf der gleichen Skala wie zuvor im Schnitt mit 6,7 bewertet. Die Gesamtheit der Stimmenden ging im Schnitt also mittelfristig vom Abschaffungs-Szenario aus. Dies gilt insbesondere für die Nein-Stimmenden (Ø 8,2).

Aber auch die Ja-Stimmenden rechneten im Schnitt (Ø 5,4) damit, dass das Land mittelfristig ohne eigenen Radiosender bleibt. Wer als Ja-Stimmender die Abschaffung für wahrscheinlicher hielt als das Gegenteil (ab Wert 6 auf der Wahrscheinlichkeitsskala), hielt es in aller Regel auch für (eher) unwichtig, dass Liechtenstein einen eigenen Radiosender hat.

Dass bis Ende 2025 ein privater Investor gefunden wird, erachteten die Nein-Stimmenden als unwahrscheinlich (Ø 2,5). Die Ja-Stimmenden erachteten dieses Szenario demgegenüber für wahrscheinlicher (Ø 6,1). Insgesamt gingen die Stimmenden im Vorfeld der Abstimmung aber eher davon aus, dass kein Investor gefunden wird, als dass dies der Fall sein wird (Ø 4,5).

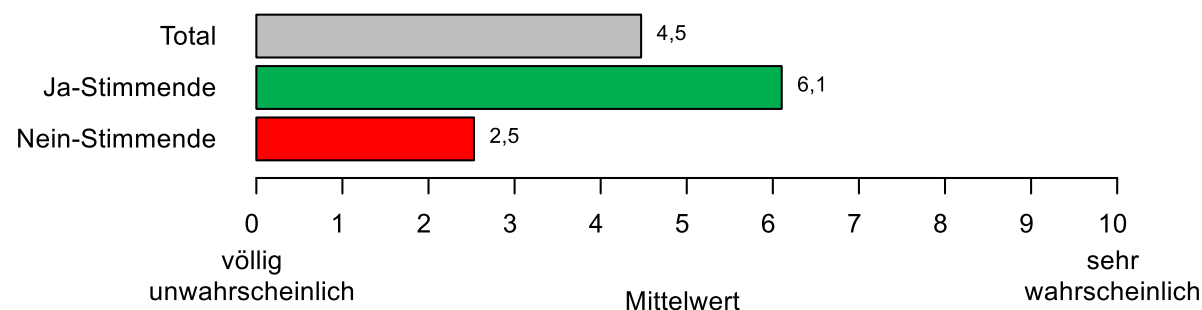
Rund 15 Prozent der Ja-Stimmenden halten es für wahrscheinlich, dass bis zur Aufhebung des LRFG ein privater Investor gefun-

Erwartungen (Mittelwert auf der Skala von 0 bis 10; N = 907)

«Wird die Initiative angenommen, wird es mittelfristig keinen Liechtensteiner Radiosender mehr geben.»



«Wird die Initiative angenommen, kann bis Ende 2025 ein privater Investor gefunden werden, der den Radiosender weiterführen kann.»



den werden könne, glauben aber gleichzeitig nicht an eine mittelfristige Zukunft des Radios in Liechtenstein.

Motive der Ja-Stimmenden

In der Umfrage wurden die Stimmenden gebeten, in einem offenen Kommentarfeld in eigenen Worten die Hauptgründe für ihren Stimmentscheid anzugeben. Rund 75 Prozent der Ja-Stimmenden haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und zwischen einem und vier Motiven angegeben. Dies wiederum bedeutet aber auch, dass zu rund einem Viertel der Ja-Stimmenden keine Aussagen zu ihren Motiven gemacht werden kann.

Die Mehrheit von 56 Prozent der Ja-Stimmenden, die mindestens ein Motiv angegeben haben, verweisen in ihrem Erstmotiv auf die Kosten von Radio Liechtenstein. Aktuelle und vergangene Kosten werden häufig als zu hoch eingeschätzt (z.B. «Es wurde bereits sehr viel Geld in Radio L investiert», «Fass ohne Boden», «Zu teuer»). Aber auch das Kosten/Nutzen-Verhältnis wird als ungenügend bewertet (z.B. «Zu hohe Kosten für solch einen Output»). Schliesslich sehen einige Befürworterinnen und Befürworter eine finanzielle Ungleichbehandlung gegenüber anderen Medien (z.B. «Die Mediengelder werden nicht gerecht verteilt», «70 % der Medienförderung ist zu viel») und vereinzelt wird auf die Liegenschaft/Lokalität von Radio Liechtenstein Bezug genommen (z.B. «Teures Mietobjekt an Top-Lage»). Berücksichtigt man alle Motivnennungen (und nicht bloss das

Antworten	Erstnennungen (in %)	Alle Nennungen (in %)
Kosten	56	77
Zu hohe (aktuelle oder vergangene) Kosten	39	45
Kosten/Nutzen-Verhältnis ungenügend	13	20
Finanzielle Ungleichbehandlung	4	10
Bezug zu Lokalität/Liegenschaft	0	3
Programm, Angebot und Qualität von Radio Liechtenstein	15	31
(Journalistische) Qualität unzureichend	10	20
Fehlende Ausgewogenheit / Neutralität	2	5
Liechtenstein-Bezug ungenügend	1	3
Geringe Bedeutung für Meinungsbildung	1	1
Anderes zu Programm/Angebot/Qualität	1	2
Medienökonomischer bzw. ordnungspolitischer Bezug	10	22
Staat soll kein Medium (vollumfänglich) finanzieren	4	5
Veraltetes Medium / zu kleines Publikum	2	8
Privatisierung bessere Lösung	2	3
Liechtensteiner Radiosender prinzipiell nicht notwendig	1	4
Weiteres medienökonomischer/ordnungspolitischer Bezug	1	2
Unternehmensführung / Politik	9	17
Kritik an Unternehmensleitung/Management/Politik	8	12
Bezug zu Führungswechsel	0	3
Anderweitige Vorkommnisse in der Vergangenheit	0	2
Nutzung («Höre kein Radio»)	6	7
Allgemeines	1	1
Weiteres	3	5
TOTAL	100	160

Erläuterung: Einige Befragte gaben mehr als ein Motiv an. Die zweite Spalte gibt den Anteil am Total aller Erstnennungen an. In der dritten Spalte ist der Anteil der Motivnennungen am Total der Befragten, die eine Antwort gaben, ausgewiesen. Aufgrund dessen beträgt das Total mehr als 100 Prozent.

Motive der Ja-Stimmenden

erstgenannte Motiv), so haben beinahe acht von zehn Ja-Stimmenden (77 %) die Kosten des Radios in der einen oder anderen Form kritisiert.

Weitere vergleichsweise häufig genannte Motive drehen sich um Programm, Angebot und Qualität von Radio Liechtenstein. Dabei wird die (journalistische) Qualität zuweilen als ungenügend eingeschätzt (z.B. «Fehlende Qualität», «Die Nachrichten sind schwach», «Zu wenig selbstständige Berichterstattung», «Zu sehr auf die Schweiz fokussiert») und eine zu geringe Ausgewogenheit und Neutralität bemängelt (z.B. «Zu einseitige Berichterstattung», «Einflussnahme der Regierung», «Parteiradio»). Daneben erachten einige Stimmende den Liechtenstein-Bezug als zu gering (z.B. «Vorwiegend ausländische Mundart», «Kein Liechtensteinprogramm») und attestieren dem Radio nur eine geringe Bedeutung für die Meinungsbildung («Hauptsächlich ein Unterhaltungsmedium», «Radio L ist nice to have, aber kein meinungsbildendes Medium»).

Daneben wurden medienökonomische und ordnungspolitische Bezüge gemacht. Einige Befürworterinnen und Befürworter sind grundsätzlich der Ansicht, dass der Staat kein Medium (vollumfänglich) finanzieren sollte («Es ist nicht die Aufgabe des Staates, ein Radio zu finanzieren», «Ein Ra-

diosender sollte nicht nur dank staatlicher Hilfe existieren»). Ferner gibt es medienökonomische Bedenken gegenüber dem Medium Radio und seinem zu kleinen Publikum (z.B. «Die Mehrheit der Bevölkerung hört kein Radio mehr», «Es wird je länger je weniger Radio gehört», «Radio ist nicht zeitgemäss»). Entsprechend wird auch die Meinung vertreten, dass eine Privatisierung die bessere Lösung und/oder ein liechtensteinischer Radiosender nicht prinzipiell notwendig sei.

Vereinzelt wird auf die Unternehmensführung und die Politik eingegangen. Neben grundlegender Kritik an der Unternehmensleitung, dem Management und der Politik (z.B. «Wie Radio L gemanaged wird, ist ein Trauerspiel», «Regierung und Landtag haben es die letzten Jahre total verschlafen, eine Lösung zu finden») werden auch Bezüge zum Führungswechsel im Radio (z.B. «Trotz super neuem VR ist das Vertrauen verloren») und zu Vorkommnissen in der Vergangenheit gemacht (z.B. «Mobbingfälle im Radio L», «Gerichtsverfahren, Mobbing und Misswirtschaft»).

Einzelne Stimmberechtigte gaben als Motiv schliesslich an, dass sie selber kein Radio hören oder gaben allgemeine Kommentare ab (z.B. «Klarheit schaffen», «Worten sollen Taten folgen»).

Motive der Nein-Stimmenden

Auch die Nein-Stimmenden hatten die Möglichkeit, in einem offenen Kommentarfeld ihre Hauptgründe für ihren Stimmentscheid in eigenen Worten anzugeben. Rund 80 Prozent haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und zwischen einem und vier Motiven abgegeben. Für rund ein Fünftel der Nein-Stimmenden liegen somit keine Motiv-äusserungen vor.

Ein Drittel der Nein-Stimmenden, die ihre Motive angaben, machen in ihren Erstnennungen einen medienökonomischen bzw. ordnungspolitischen Bezug. Dabei wird am häufigsten argumentiert, dass die Privatisierung einer Abschaffung des Radiosenders gleichkomme (z.B. «Sollte es privatisiert werden, wird ein Radio Liechtenstein nicht überleben können», «Privat ist das Radio nicht überlebensfähig», «Es ist keine Privatisierung, sondern eine Abschaffung»). Darüber hinaus wird auf die demokratische Funktion öffentlich-rechtlicher Anstalten verwiesen (z.B. «Jede Demokratie hat ein unabhängiges öffentliches Medium», «Ein staatliches Medium ohne politische Färbung ist für das Funktionieren einer Demokratie äusserst wichtig»). Daneben gibt es generelle Aussagen zur Notwendigkeit einer öffentlich-rechtlichen Medienanstalt (z.B. «Ein Land braucht ein öffentlich-rechtliches Radio», «Service public») und es wird auf

Antworten	Erstnennungen (in %)	Alle Nennungen (in %)
Medienökonomischer bzw. ordnungspolitischer Bezug	34	47
Privatisierung bedeutet Abschaffung eines Radiosenders	15	21
Demokratische Funktion öffentlich-rechtlicher Anstalten	9	16
Notwendigkeit / Zustimmung für öffentlich-rechtliche Medienanstalt	8	9
Informationsfunktion öffentlich-rechtlicher Sender	1	2
Medienvielfalt	20	29
Notwendigkeit des Mediums Radio	16	23
Notwendigkeit eines Radiosenders	9	14
Ein eigenständiges Land hat auch ein Radio	7	9
Nutzung und Bezug zu Angebot, Qualität und Programm	8	9
Programm / Angebot gut	6	7
Ich höre (gerne) Radio	2	2
Bezug zu neuer Unternehmensführung	7	10
Neuem Team / Management eine Chance geben	7	9
Qualität verbessert	0	1
Bezug zu Befürworterschaft bzw. deren Argumentation	2	5
Verwechslung	3	3
Allgemeines	2	2
Weiteres	9	14
TOTAL	100	142

Erläuterung: Einige Befragte gaben mehr als ein Motiv an. Die zweite Spalte gibt den Anteil am Total aller Erstnennungen an. In der dritten Spalte ist der Anteil der Motivnennungen am Total der Befragten, die eine Antwort gaben, ausgewiesen. Aufgrund dessen beträgt das Total mehr als 100 Prozent.

Motive der Nein-Stimmenden

die Informationsfunktion solcher Anstalten verwiesen (z.B. «Es ist falsch, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abzuschaffen. Wir brauchen gesicherte Informationen»).

Viele weitere Erstnennungen drehen sich – auch mit Blick auf die Einstellung des Liechtensteiner Volksblatts – um das Thema Medienvielfalt (z.B. «Kein Monopol von nur einer Zeitung», «Medienlandschaft ist schon jetzt sehr klein»).

Rund ein Sechstel der Nein-Stimmenden, die Motive angaben, verweisen in ihren Erstnennungen auf die Notwendigkeit des Mediums Radio (z.B. «Liechtenstein braucht ein eigenes Radio»). Dabei wird auch oft auf die Katastrophenkommunikation Bezug genommen (z.B. «Alarmierung im Notfall», «Das Radio ist das schnellste Medium, um die Bevölkerung zu warnen und zu informieren»). Daneben wird betont, dass ein eingeständiges Land auch ein Radio brauche (z.B. «Wir haben die LKW, die Post, LieMobil, Telekom – dann können wir auch unser eigenes Radio haben», «Ein souveräner Staat braucht ein öffentlich-rechtliches Radio»).

Einige Nein-Stimmende geben als Motiv für ihren Stimmentscheid das Angebot und die Qualität von Radio Liechtenstein an (z.B. «Ich höre jeden Tag Radio Liechtenstein und möchte es nicht missen», «Ich kann mir keine Verbesserung durch eine Privatisierung vor-

stellen»). Darüber hinaus wird auch die neue Unternehmensführung als Motiv für die Ablehnung des Initiativbegehrens erwähnt (z.B. «Man sollte der neuen Führung eine letzte Chance geben», «Nach meiner Meinung hat sich Radio L stark verbessert»).

Vereinzelt wird auch auf die Befürworterschaft – allen voran die DpL – und ihre Argumente eingegangen. Daneben gibt es einige wenige Verwechslungen in dem Sinn, dass Motive gegen das Radio Liechtenstein als Motive gegen das Volksbegehren angegeben wurden.

Anklang der Pro-Argumente I

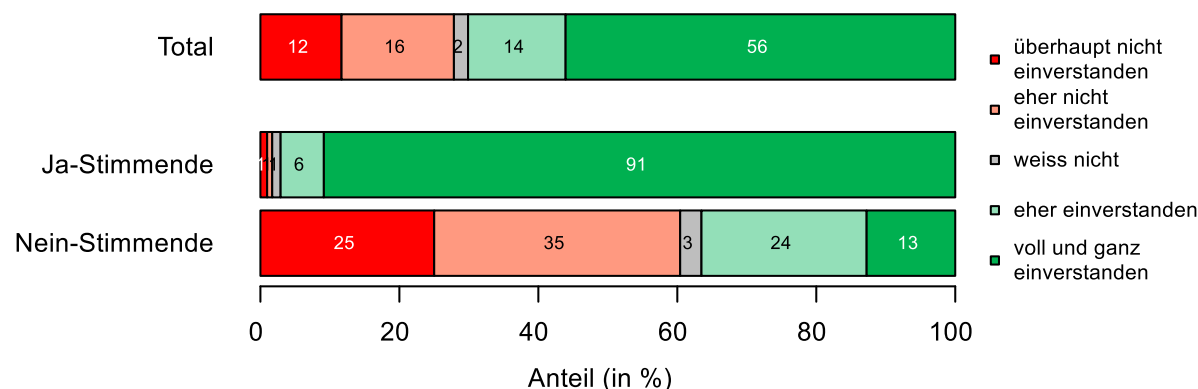
Den Befragten wurden konkrete, direkt mit der Abstimmungsfrage verknüpfte Argumente vorgelegt. Diese Argumente wurden im Abstimmungskampf in identischem oder ähnlichem Wortlaut vorgebracht. Welchen Anklang fanden sie?

Ein zentraler Grund für die Zustimmung zur Initiative waren die Kosten. So fanden 70 Prozent der Stimmenden, dass Radio Liechtenstein in finanzieller Hinsicht ein Fass ohne Boden sei und mit den Nachtragskrediten und Budgeterhöhungen nun Schluss sein soll. 97 Prozent der Ja-Stimmenden und immerhin 37 Prozent der Nein-Stimmenden teilen diese Ansicht.

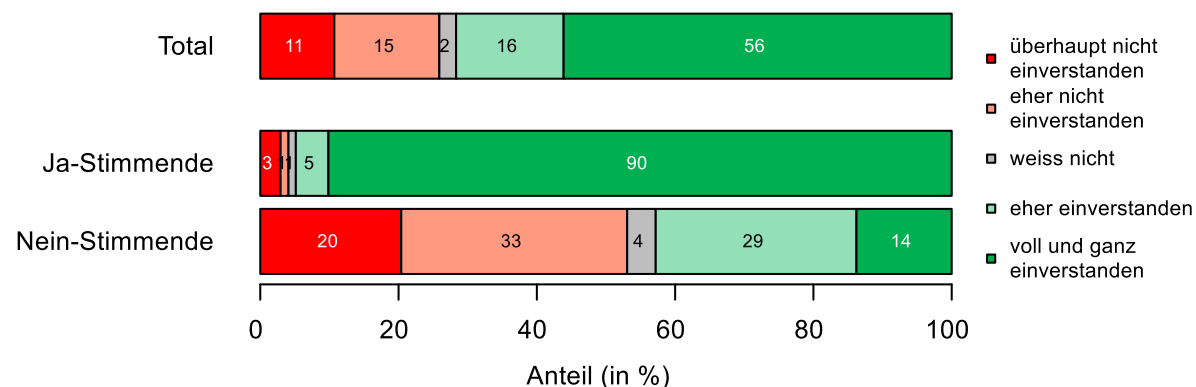
Darüber hinaus ist die Mehrheit von 72 Prozent der Stimmenden der Ansicht, dass der jährliche Landesbeitrag von vier Millionen Franken für Radio Liechtenstein zu hoch sei. Auch hier äussern die Ja-Stimmenden fast geschlossen Zustimmung (95 %), während auch ein nicht unbedeutender Teil der Nein-Stimmenden diesem Argument zustimmt (43 %).

Überkreuzt man beide Argumente, zeigt sich, dass rund 63 Prozent aller Stimmenden beiden Argumenten gleichzeitig beipflichteten. Knapp 18 Prozent waren hingegen der Ansicht, der Landesbeitrag von knapp CHF 4 Mio. sei akzeptabel, nicht aber die wiederholt notwendigen Nachtragskredite

«Radio Liechtenstein ist ein finanzielles Fass ohne Boden. Immer wieder waren in der Vergangenheit Nachtragskredite und Budgeterhöhungen nötig. Damit muss nun Schluss sein.»



«Der jährliche Landesbeitrag für Radio Liechtenstein von rund 4 Millionen Franken ist zu hoch.»



in der Vergangenheit. Das Endergebnis der Abstimmung wurde dadurch indessen nicht beeinflusst. Denn fast alle (99 %) aus dieser

Gruppe von Stimmenden legten ein Nein in die Urne ein.

Anklang der Pro-Argumente II

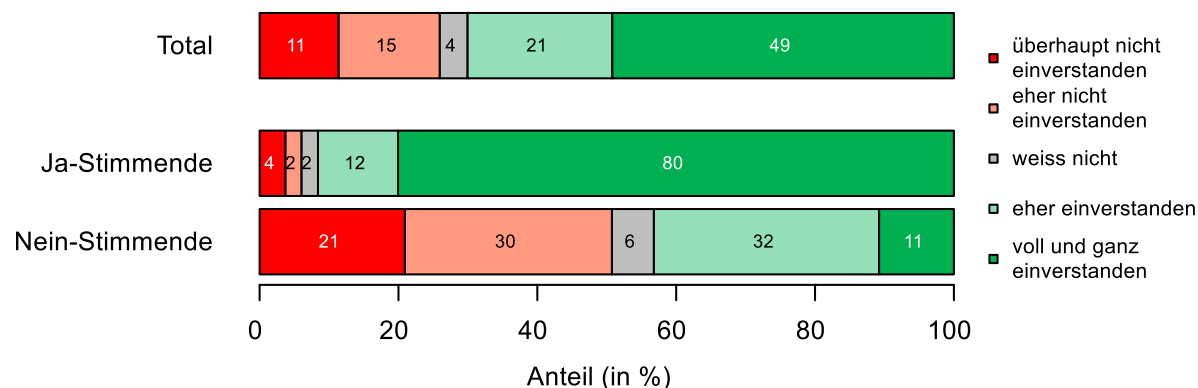
Darüber hinaus erachtete es die Mehrheit von 70 Prozent der Stimmenden als unfair, dass Radio Liechtenstein 70 Prozent der gesamten Medienförderung des Staates erhalte. 92 Prozent der Ja- und 43 Prozent der Nein-Stimmenden vertraten diese Meinung.

58 Prozent der Befragten sind indessen der Meinung, dass es einen liechtensteinischen Radiosender brauche. 39 Prozent der Stimmenden sehen darin hingegen keine Notwendigkeit. Letztere stimmten in der Folge in den allermeisten Fällen «Ja».¹ Aber: Ein Drittel (33 %) der Ja-Stimmenden wünscht sich einen eigenen Sender.

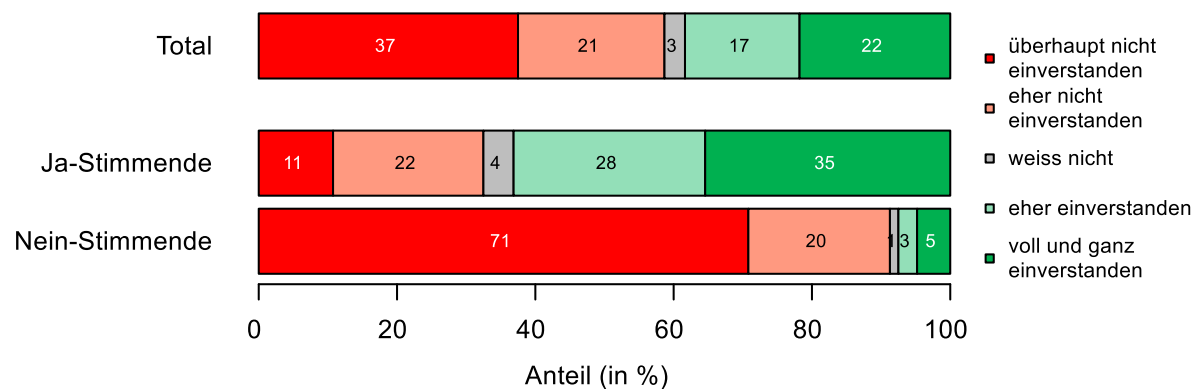
Bemerkenswert: 41 Prozent der Stimmenden sind der Meinung, es brauche einen liechtensteinischen Radiosender, aber sind gleichzeitig skeptisch, ob es einen solchen Sender mittelfristig geben wird.

1) 93 bzw. 90 Prozent, die mit obiger Aussage eher bzw. voll und ganz einverstanden sind, nahmen das Begehren an. Wer mit obiger Aussage überhaupt nicht einverstanden war, stimmte umgekehrt mit ähnlich hoher Wahrscheinlichkeit (84 %) «Nein». Aufschlussreich ist jedoch, dass jene, die mit dem obigen Statement eher nicht einverstanden sind, also im Prinzip einen liechtensteinischen Radiosender wollen, sich aber dessen nicht völlig sicher sind («eher»), am Ende mehrheitlich (57 %) ein Ja einlegten.

«Radio Liechtenstein erhält etwa 70 Prozent der gesamten Medienförderung des Staates. Diese Bevorzugung des Radios gegenüber allen anderen privaten Medienunternehmen ist nicht gerechtfertigt.»



«Es braucht überhaupt keinen liechtensteinischen Radiosender.»

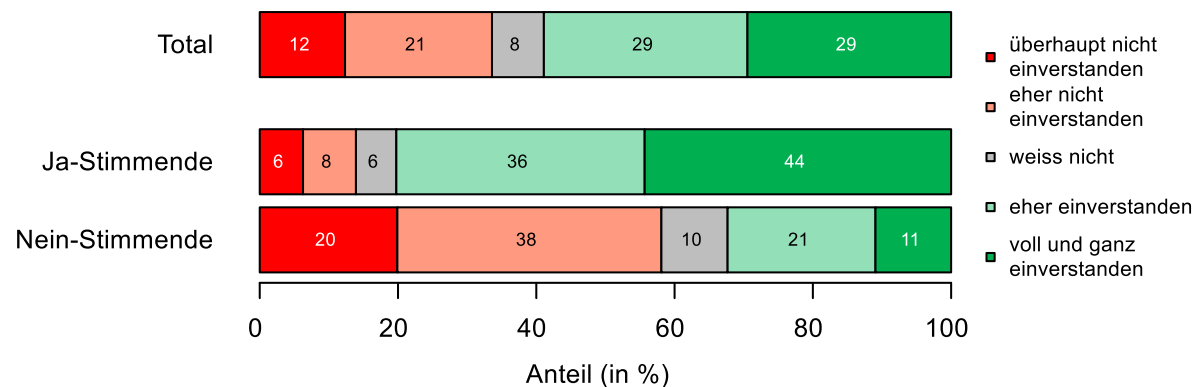


Anklang der Pro-Argumente III

Der Ansicht, dass die Politik die Medienförderung so ansetzen kann, dass auch ein privates Radio überleben kann, pflichteten 58 Prozent der Stimmdenden bei. Vier von fünf Ja-Stimmenden (80 %), aber selbst ein Drittel der Nein-Stimmenden teilen diese Ansicht (32 %).

Demgegenüber findet ein Drittel von allen Stimmdenden, dass es nicht möglich ist, das Überleben eines privaten Radiosenders via Medienförderung zu sichern (33 %). Vor allem die Nein-Stimmenden sind diesbezüglich skeptisch (58 %).

«Es ist für die Politik grundsätzlich möglich, die Medienförderung zukünftig so anzusetzen, dass auch ein privater Radiosender in Liechtenstein überleben kann.»



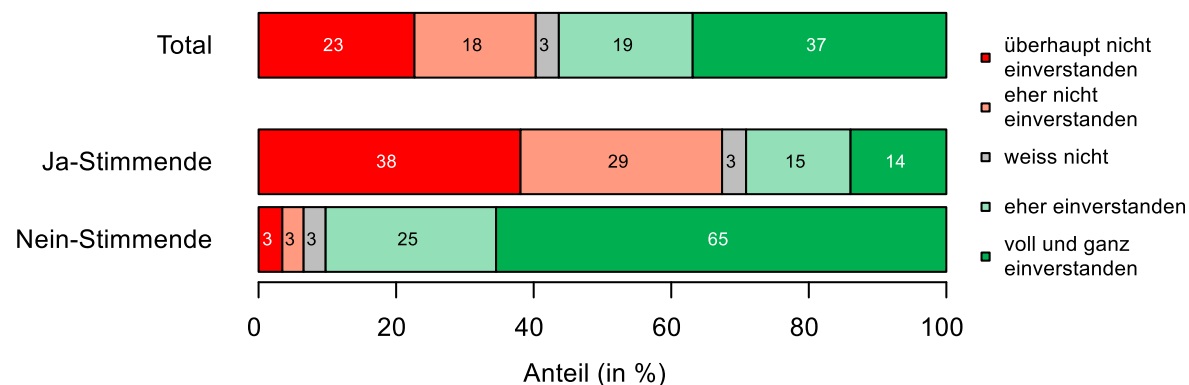
Anklang der Kontra-Argumente I

Ein häufig vorgebrachtes Kontra-Argument lautete, dass eine Privatisierung die Abschaffung eines liechtensteinischen Radiosenders bedeute, weil kein Radiosender ohne staatliche Unterstützung im kleinen liechtensteinischen Markt überleben könne.

90 Prozent der Nein-Stimmenden stimmten dieser Aussage zu, während ihr 67 Prozent der Ja-Stimmenden widersprachen. Von den 29 Prozent der Ja-Stimmenden, die mit der Annahme der Initiative eine Abschaffung eines liechtensteinischen Radiosenders verbanden, ist eine klare Mehrheit (82 bzw. 63 %) ¹ gleichzeitig der Ansicht, dass es auch keinen liechtensteinischen Sender brauche. Kurz: Ein Teil der Ja-Stimmenden (29 %) nahm eine Abschaffung des Radios in Kauf, sah darin aber grossmehrheitlich kein Problem, weil es ihrer Ansicht nach keinen Radiosender aus dem Land Liechtenstein braucht.

Insgesamt stösst dieses Kontra-Argument auf eine Zustimmung von 56 Prozent.

«In einem derart kleinen Markt wie dem liechtensteinischen kann ein Radiosender ohne staatliche Unterstützung nicht überleben. Eine Privatisierung würde deshalb die Abschaffung eines liechtensteinischen Radiosenders bedeuten.»



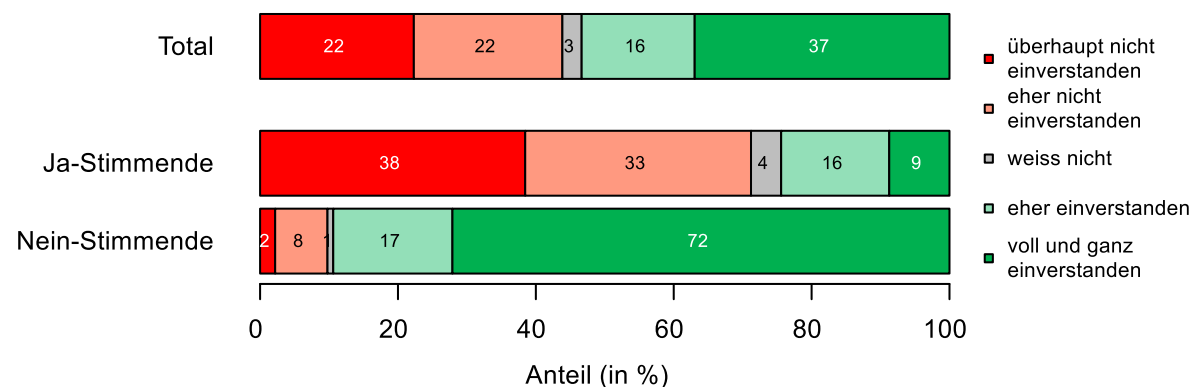
1) Dabei beziehen sich die 82 % auf jene, die mit der obigen Aussage «voll und ganz» einverstanden waren, während die 63 % auf jene referieren, die mit der Aussage «eher» einverstanden waren.

Anklang der Kontra-Argumente II

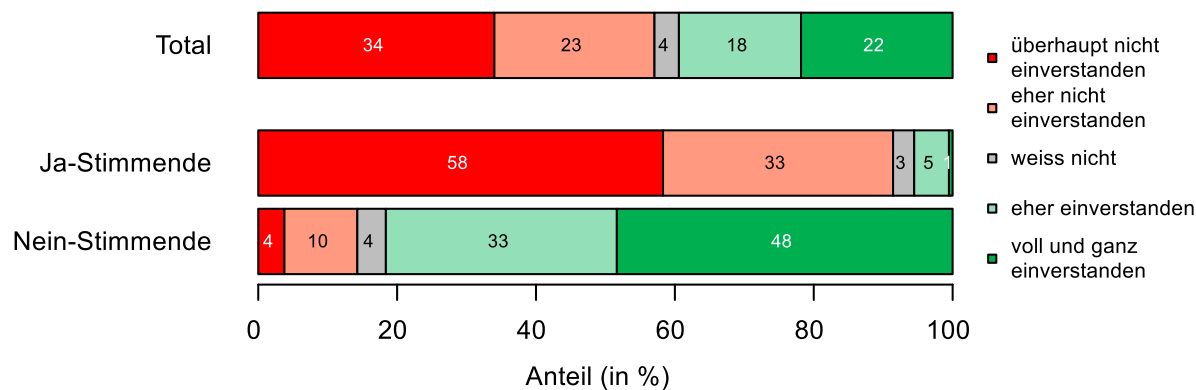
Die Gegnerinnen und Gegner der Initiative argumentierten ferner, dass bei einer Annahme des Volksbegehrens die Medienvielfalt gefährdet sei. Eine knappe Mehrheit von 53 Prozent der Stimmenden teilen diese Befürchtung – darunter auch ein Viertel der Initiativbefürworterinnen und -befürworter. Warum sie trotzdem Ja stimmten, ist unklar. Möglicherweise, weil sie ohnehin kein Radio Liechtenstein hören (42 %) bzw. nur selten hineinhören (38 %).

Dem Argument, dass es einen staatlich finanzierten Radiosender brauche, weil nur öffentlich-rechtliche Sender gesetzlich zu einer neutralen Berichterstattung verpflichtet sind, wird hingegen mehrheitlich (57 %) widersprochen. Dabei gibt es jedoch grosse Unterschiede zwischen Befürworter- und Gegnerseite. 91 Prozent der Ja-Stimmenden widersprechen der Ansicht, dass eine neutrale Berichterstattung nur von einem öffentlich-rechtlichen Sender garantiert werden kann, während 81 Prozent der Nein-Stimmenden diese Ansicht teilen.

«Fällt nach dem Volksblatt auch Radio Liechtenstein weg, ist die Medienvielfalt im Land nicht mehr gegeben.»



«Nur öffentlich-rechtliche Sender sind gesetzlich verpflichtet, neutral zu berichten. Deshalb braucht es einen staatlich finanzierten Radiosender.»

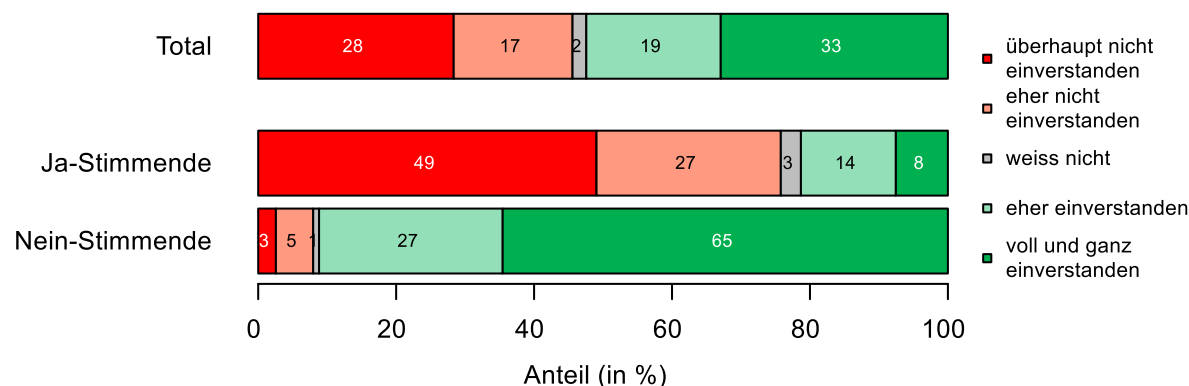


Anklang der Kontra-Argumente III

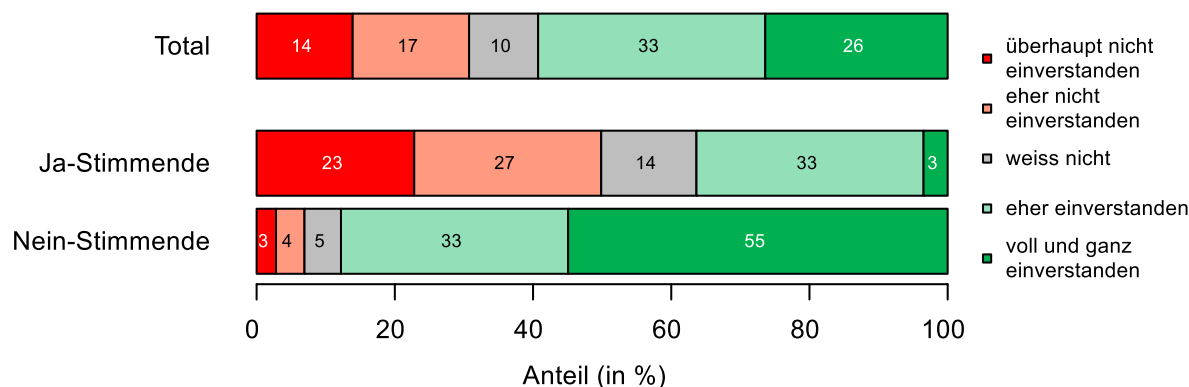
Ein weiteres Kontra-Argument besagte, dass Liechtenstein auch deshalb einen eigenen Radiosender brauche, weil dies das schnellste Medium sei, um die Bevölkerung zu warnen und zu informieren. 52 Prozent der Stimmenden teilen dieses Argument, 45 Prozent widersprechen ihm. In Zweifel gezogen wird diese Ansicht vor allem von den Befürworterinnen und Befürwortern des Volksbegehrens.

Schliesslich erhalten die getätigten Umstrukturierungen und der neu aufgestellte Verwaltungsrat insgesamt gute Noten. 59 Prozent der Stimmenden sind der Ansicht, dass sich Radio Liechtenstein damit wieder in eine gute Richtung bewegt habe. Selbst 36 Prozent der Ja-Stimmenden sind dieser Ansicht, wobei sich ein vergleichsweise hoher Anteil von 14 Prozent dazu nicht äussern kann oder will und dementsprechend mit «Weiss nicht» antwortete. Wer der aktuellen Unternehmensleitung von Radio Liechtenstein eine gute Leistung attestiert, die Initiative aber trotzdem annahm, gab vornehmlich die (finanzielle) Vorgeschichte (wiederkehrende Nachtragskredite etc.) als Stimmmotiv an.

«Jedes europäische Land hat seinen eigenen Radiosender, nur schon deshalb, weil das Radio das schnellste Medium ist, um die Bevölkerung zu warnen oder zu informieren. Deshalb braucht auch Liechtenstein ein eigenes Radio.»



«Mit der Umstrukturierung und dem neu aufgestellten Verwaltungsrat bewegt sich Radio Liechtenstein wieder in eine gute Richtung.»



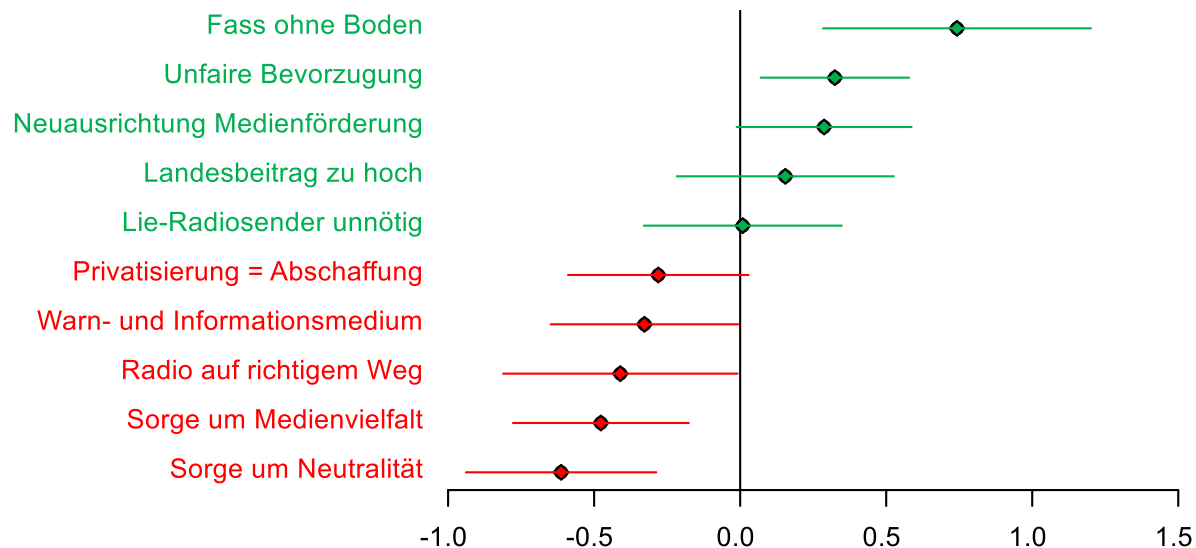
Argumententest

In einer binär-logistischen Regressionsanalyse wird geprüft, wie gross der Einfluss der verschiedenen Merkmale auf den Stimmentscheid ist, wenn für die jeweils anderen Merkmale kontrolliert wird. Geprüft wird dabei nicht (primär), ob ein Argument überzeugte, sondern ob es den Ausschlag zugunsten oder gegen die Vorlage gab.

Drei Argumente, ein Pro- und zwei Kontra-Argumente, prägten den Entscheid hauptsächlich: Zum einen das «Fass ohne Boden»-Argument, welches die Frustration mit den wiederkehrenden Nachtragskrediten zum Ausdruck bringt. Zum anderen auch die Kontra-Argumente, wonach, erstens, nur öffentlich-rechtliche Anstalten neutral seien und, zweitens, die Medienvielfalt ohne Radio Liechtenstein gefährdet sei. Wer diesen zwei Kontra-Argumenten zustimmte, legte in der Folge ein Nein in die Urne ein. Wer diesen Argumenten widersprach, stimmte anschliessend in der Regel «Ja».

Die anderen Argumente waren von sekundärer Bedeutung. Bemerkenswert: Die Höhe des jährlichen Beitrags von knapp CHF 4 Mio. hatte – hält man die restlichen Argumenthaltungen konstant – gar keinen signifikanten Einfluss. Wie bereits weiter oben erwähnt, ist zwar eine klare Mehrheit der Ansicht, dass die Summe zu hoch sei, aber eine nicht unerhebliche Zahl von ihnen verwarf das Be-

Argumentenhaltung und Stimmentscheid, Schätzwerte logistische Regression (odds ratio)



gehen gleichwohl – aus einem der drei zuvor genannten Gründen: Sorge um Medienvielfalt oder Sorge um Neutralität. Ebenso wenig signifikant war das «Fairness»-Argument. Zwar ist eine Mehrheit mit der aktuellen Verteilung der staatlichen Gesamtmedienförderung nicht einverstanden, aber das war in den meisten Fällen nicht der ausschlaggebende Beweggrund, ein Ja einzulegen.

Typisierung der Stimmenden anhand Mediennutzung und Argumentenhaltung

Mithilfe einer Cluster-Analyse wurden die Stimmenden in vier Gruppen mit ähnlichen Einstellungen, Erwartungen und Mediennutzungsgewohnheiten eingeteilt.

Eine erste Gruppe bilden jene, die kein Radio hören, und/oder ein landeseigenes Radio für überflüssig erachten. Sie stellen rund ein Fünftel (18 %) aller Stimmenden.¹ Sie hören nie (70 %) oder nur sporadisch (23 %) Radio Liechtenstein. Sie sind wohl auch deshalb der Ansicht, dass es einen landeseigenen Radiosender gar nicht brauche (91 %) und dieser zudem aus medienökonomischen Gründen ohnehin kaum überleben könne (61 %). Ein landeseigener Radiosender ist ihnen generell unwichtig (99 %). 93 Prozent schätzen ausserdem, dass es mittelfristig keinen Radiosender im Land geben werde. Diese Gruppe nutzt auch sonst keines der traditionellen Medien (Tageszeitungen, Fernsehen) besonders oft zu Informationszwecken. Um sich über Abstimmungen zu informieren, nutzen sie stattdessen überdurchschnittlich oft persönliche Gespräche, Leserbriefe und Informationen im Internet. Sie setzen sich aus Sympathisierenden aller

1) Alle (folgenden) Werte beziehen sich auf die Stimmenden, nicht etwa auf die Stimmberechtigten oder gar auf die gesamte Wohnbevölkerung Liechtensteins.

Parteien zusammen, die häufigste Antwort auf die Parteibindungsfrage lautete indessen: «Keine». 92 Prozent von ihnen legten ein «Ja» in die Stimmurne ein, überdurchschnittlich oft (9 %) mit der Begründung, kein Radio zu hören. Daneben, in absoluten Zahlen viel häufiger, wurden die Kosten (44 %) als Beweggrund genannt.

Eine zweite Gruppe bilden jene, die einen landeseigenen Radiosender nicht grundsätzlich ablehnen, teilweise ausdrücklich wollen, aber in privatrechtlicher Organisationsform. Ihre Haltung lautet demnach kurz zusammengefasst: Radio Liechtenstein ja, aber nicht öffentlich-rechtlich, sondern privat. Sie machen mehr als ein Drittel (36 %) aller Stimmenden aus. Eine relative Mehrheit von ihnen hört selbst nur sporadisch (44 %) Radio Liechtenstein, 19 Prozent aber mehrmals die Woche. Rund 30 Prozent nutzt den Sender indessen nie. Von den vier hier vorgestellten Gruppen haben die «Privatradiobefürwortenden» das höchste Durchschnittsalter; 45 Prozent sind im ordentlichen Rentenalter. Im Gegensatz zur ersten Gruppe sind sie praktisch in ihrer Gesamtheit davon überzeugt, dass der Staat die Grundlagen für die Existenz eines privaten Radios schaffen kann (94 %, Gruppe 1: 60 %). Ebenso sind sie wiederum im Gegensatz zu erstgenann-

ten Gruppe überzeugt, dass die Annahme der Initiative nicht gleichbedeutend sei mit einer Abschaffung des Radios im Lande (89 %, Gruppe 1: 33 %). Sie sind auch deutlich zuversichtlicher, was die Zukunft eines Radiosenders – wohl mit privatrechtlichem Status – anbelangt als die erste Gruppe: Eine Mehrheit (53 %) meint, dass es auch nach der Annahme mittelfristig ein Radio geben wird und weitere 34 Prozent schätzt die Chancen immerhin bei 50 zu 50 ein. Die «Privatradiobefürwortenden» sind überdies eher als die erstgenannte Gruppe der Ansicht, dass es einen Radiosender im Lande auch brauche (40 %, Gruppe 1: 7 %). Dieser minoritäre Wert von 40 Prozent zeigt indes, dass diese Gruppe notfalls – sprich, wenn sich kein privater Investor finden lässt – auch einen endgültigen Sendeschluss in Kauf nimmt.² Die Ansicht, dass die Kosten in der Vergangenheit und Gegenwart zu hoch (gewesen) seien und die Unternehmensführung Fehler gemacht habe, teilen sie sich aber mit der ersten Gruppe. Was diese Gruppe allen voran auszeichnet, ist ihre Zuversicht, dass ein privater Investor bis Ende 2025 gefunden werden könne: 68 Prozent halten das für

2) Wie bereits gezeigt, sind die meisten der Ansicht, dass es grundsätzlich möglich sei, ein Privatrado in Liechtenstein zu betreiben. Aber nur 40 Prozent sind der Ansicht, es brauche ein liechtensteinisches Radio.

Typisierung der Stimmenden anhand Mediennutzung und Argumentenhaltung

wahrscheinlich (>50 %). In keiner anderen Gruppe ist diese Sichtweise auch nur annähernd so ausgeprägt. Diese Gruppe schaut zu Informationszwecken (bei Abstimmungen) überdurchschnittlich oft (47 %) 1FLTV, deutlich seltener (7 %) wird die Abstimmungsbroschüre der Regierung als Infoquelle genutzt. Auch unter ihnen sind im Prinzip alle Parteienanhängerschaften vertreten, aber überdurchschnittlich oft (26 %) die DpL. Ihr Stimmentscheid lautete in 96 Prozent aller Fälle «Ja». Der Hauptbeweggrund (61 %) dafür waren die gegenwärtigen Kosten bzw. die wiederholten Nachtragskredite in der Vergangenheit.

Eine dritte Gruppe sind jene, die Radio Liechtenstein hören und am öffentlich-rechtlichen Status festhalten wollen. Sie sind zahlenmässig beinahe so gross wie die Privatradiobefürwortenden und zählen etwas mehr als ein Drittel (35 %) aller Stimmenden. Diese Gruppe nutzt Radio Liechtenstein intensiv. Eine relative Mehrheit (48 %) hört Radio Liechtenstein täglich, weitere 27 Prozent mehrmals die Woche. Radio Liechtenstein wird generell eine hohe Bedeutung beigemessen.³ Die Kosten sind aus der Sicht dieser Gruppe nicht zu hoch (68 %). Ein pri-

3) 96 % von ihnen gaben an, Radio Liechtenstein sei «wichtig» oder «sehr wichtig».

vates Radio könne, so viele von ihnen (69 %), in Liechtenstein nicht wirtschaftlich rentabel betrieben werden, die Medienvielfalt sei gefährdet (96 %) und nur ein öffentlich-rechtlicher Sender könne Neutralität in der Berichterstattung garantieren (92 %). Hinsichtlich der Folgen einer Annahme der Initiative ist sich diese Gruppe praktisch sicher (90 %), dass kein Investor gefunden und ein Radiosender mittelfristig nicht überleben wird (95 %). Parteipolitisch ist diese Gruppe zwar bunt zusammengestellt, aber FL-Sympathisierende und auch FBP-Sympathisierende sind überdurchschnittlich vertreten. Nebst dem Radio informiert sich diese Gruppe überdurchschnittlich oft über das Liechtensteiner Vaterland (72 %). Beinahe alle (99 %) verwarfen letztlich das Begehren und bei jenen, die es nicht taten, lag aufgrund des angegebenen Motivs offensichtlich eine Verwechslung vor.

Die letzte, vierte Gruppe will ein liechtensteinisches Radio, erachtet die Chancen eines Privatradios aber für gering. Sie ist mit einem Anteil von 12 Prozent die zahlenmässig kleinste der vier Gruppen. Sie hat keine typischen Radionutzungsgewohnheiten: Je rund ein Fünftel hören Radio Liechtenstein täglich, mehrmals die Woche oder nie. Die häufigste Kategorie (37 %) bilden indes-

sen jene, die sporadisch Reinhören. Auffallend: Rund zwei Drittel von ihnen sind Frauen, während sich die restlichen Gruppen zu beinahe gleichen Anteilen aus Männern und Frauen zusammensetzen. Was die Haltungen zu den Argumenten anbelangt, so zeichnet sich diese Gruppe dadurch aus, dass sie oft ambivalente, weniger dezidierte Einstellungen aufweist. Die Kosten von Radio Liechtenstein werden als zu hoch eingeschätzt (79 %). Eine Mehrheit (65 %) stimmt auch dem «Fass ohne Boden»-Argument zu, im Gegensatz zur dritten Gruppe. Aber gleichzeitig werden die wirtschaftlichen Überlebenschancen für einen Privatsender im Lande als gering beurteilt (15 %). Zudem macht man sich Sorgen um die Medienvielfalt und die Neutralität der Berichterstattung und hält die Existenz eines Radiosenders (deshalb) mit überwältigender Mehrheit (92 %) für notwendig. Die Gruppe weist einen überdurchschnittlich hohen Anteil von 42 Prozent VU-Sympathisierender auf. Die Gruppe als Ganzes stimmte mit einem Anteil von 72 Prozent gegen das Begehren. Primärer Beweggrund für ein Nein waren die Notwendigkeit eines Radios, etwa zur Krisenkommunikation, sowie der Umstand, dass die neue Unternehmensführung klare Verbesserungen eingeführt habe und dem Radio Liechtenstein deshalb eine (letzte) Chance eingeräumt werden müsse.

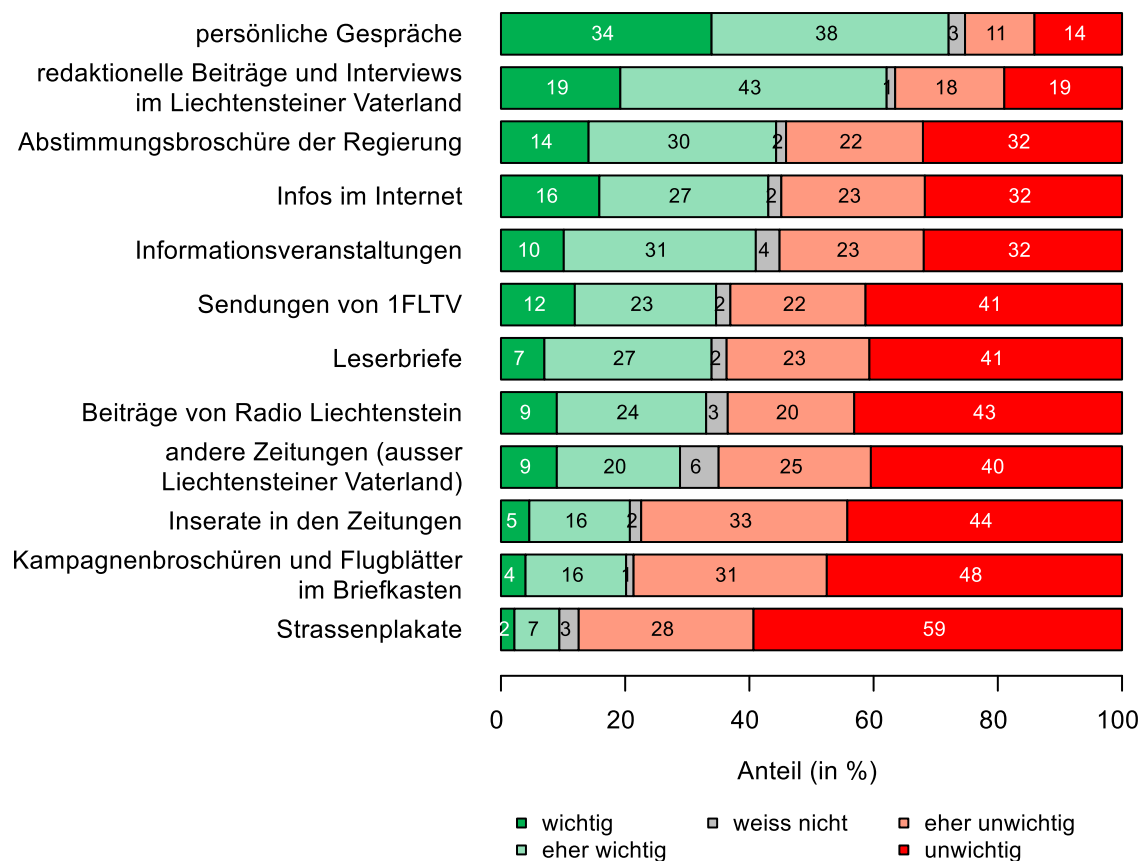
Wichtigkeit der Informationskanäle

Als besonders wichtiger Informationskanal für die Meinungsbildung vor dem Urnengang wird einmal mehr das persönliche Gespräch angegeben. Sieben von zehn Befragten erachten das persönliche Gespräch als wichtig oder eher wichtig (72 %).

An zweiter Stelle folgen, wie häufig bei Abstimmungsumfragen, die redaktionellen Beiträge und Interviews im Liechtensteiner Vaterland (62 %). Danach kommen die Abstimmungsbroschüre der Regierung und Informationen aus dem Internet. Informationsveranstaltungen wurden von einer starken Minderheit (41 %) als wichtige Informationsquelle betrachtet, ebenso 1FLTV (35 %) und Leserbriefe (34 %).

Radio Liechtenstein selbst wurde bei dieser Abstimmung signifikant öfter als bedeutende Informationsquelle genannt (33 %) als noch bei der IWF-Abstimmung (19 %) im September 2024.

Wichtigkeit Informationskanäle (in Prozent; N = 907)

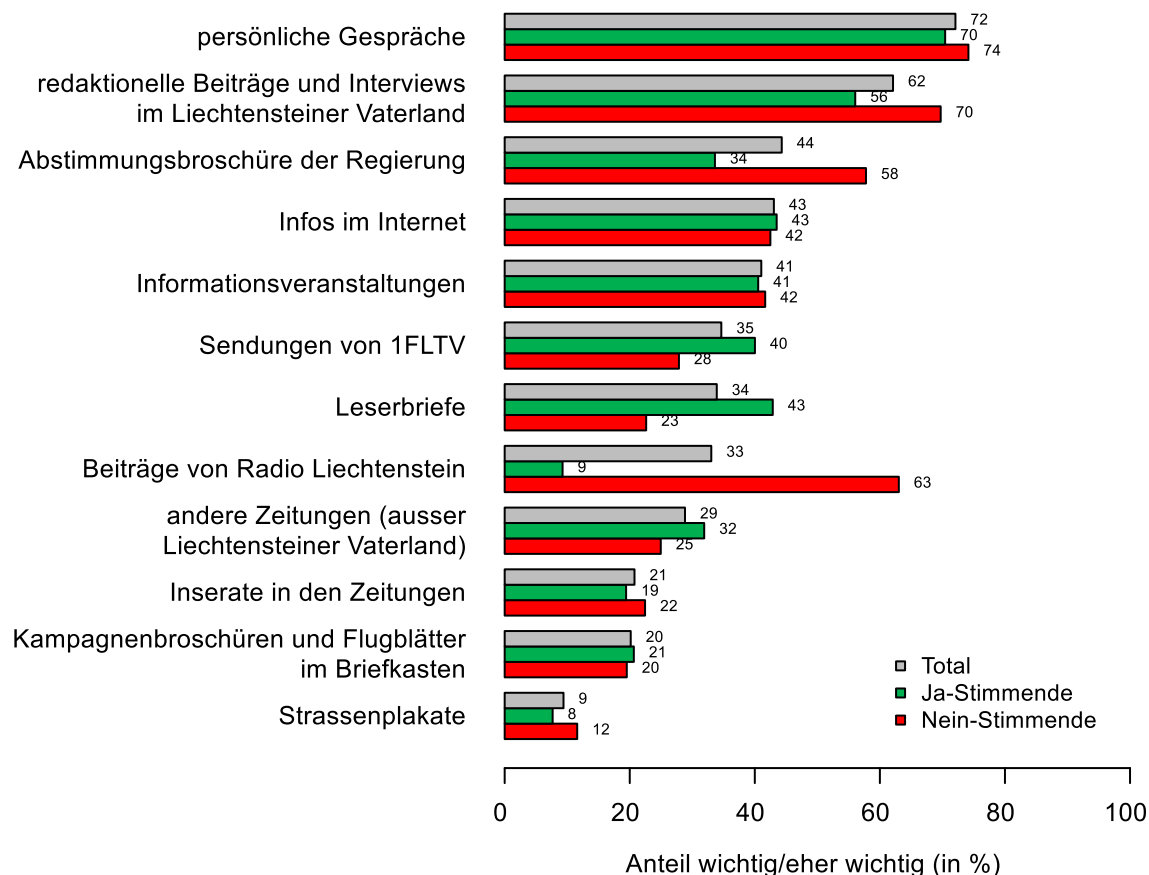


Wichtigkeit der Informationskanäle nach Entscheid

Aufgeschlüsselt nach Stimmentscheid zeigen sich teils erhebliche Unterschiede zwischen Befürworter- und Gegnerschaft. Die Beiträge von Radio Liechtenstein selbst waren vor allem für die Gegnerinnen und Gegner bedeutsam (63 %), während die Befürworterschaft ihnen geringe Bedeutung beimass (9 %). Dabei ist in diesem speziellen Fall, in dem Radio Liechtenstein selbst der Abstimmungsgegenstand war, nicht auszuschliessen, dass (teilweise) eine sogenannten Endogenität (d.h., der Entscheid färbt auch umgekehrt auf die Bedeutungszumessung ab) vorliegt. Die Gegnerschaft der Initiative mass auch den redaktionellen Beiträgen und Interviews im Liechtensteiner Vaterland und der Abstimmungsbroschüre der Regierung einen grösseren Einfluss bei als die Befürworterinnen und Befürworter. Für die Befürworterseite spielten hingegen die Leserbriefe und Sendungen von 1FLTV eine wichtigere Rolle als für die Gegenseite.

Dies soll allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass für beide Seiten am Ende das persönliche Gespräch die wichtigste Informationsquelle bildete.

Wichtigkeit Informationskanäle (Anteil «wichtig» und «eher wichtig»; in Prozent; N = 907)

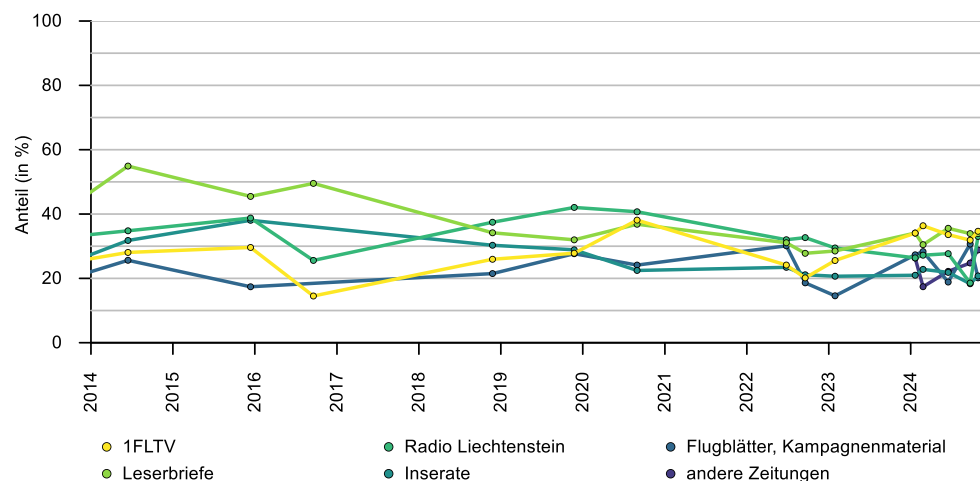
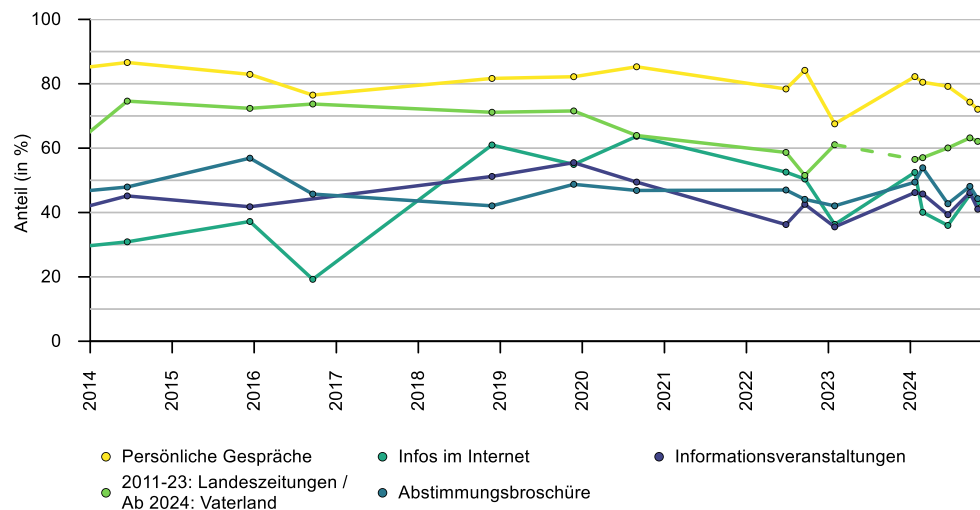


Wichtigkeit der Informationskanäle über die Zeit

Das persönliche Gespräch ist, wie immer seit 2014, für die grosse Mehrzahl der Stimmden der wichtigste Informationskanal. Auf das persönliche Gespräch folgt einmal mehr das Liechtensteiner Vaterland.

Im Vergleich zur letzten Abstimmung vom 22. September 2024 haben verschiedene Informationskanäle – Informationsveranstaltungen, Abstimmungsbroschüre, Informationen im Internet, persönliche Gespräche und Beiträge im Liechtensteiner Vaterland – leicht an Wichtigkeit eingebüsst (–1 bis –5 Prozentpunkte). Den grössten Bedeutungsverlust gab es bei den Flugblättern und Kampagnenbroschüren (–11 Prozentpunkte). Auf der anderen Seite waren die Beiträge von Radio Liechtenstein dieses Mal von grösse- rer Bedeutung (+14 Prozentpunkte).

Wichtigkeit der Informationskanäle bei Abstimmungen und Wahlen von 2014 bis 2024 (Anteil «wichtig» und «eher wichtig»; in Prozent)

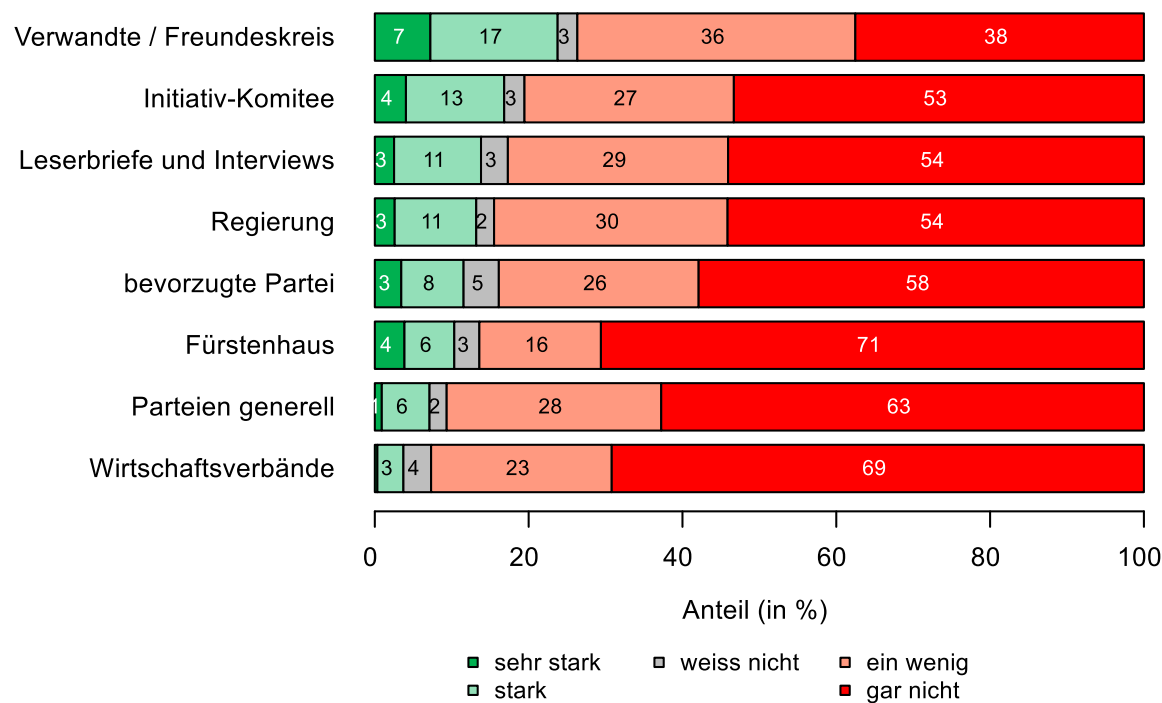


Beeinflussung durch Empfehlungen zur Abstimmung

Empfehlungen und Meinungen verschiedener Akteure haben beim Initiativbegehren zur Aufhebung des LRFG keine überaus grosse Rolle gespielt. Die Werte sind überall tiefer als etwa bei der IWF-Abstimmung im vorangehenden September.

Am ehesten orientierte man sich an Empfehlungen aus dem Verwandten- und Freundeskreis. Jedoch gibt nur ein Viertel der Stimmenden an, dass dieser Einfluss stark oder sogar sehr stark war. An zweiter Stelle folgt das Initiativ-Komitee.

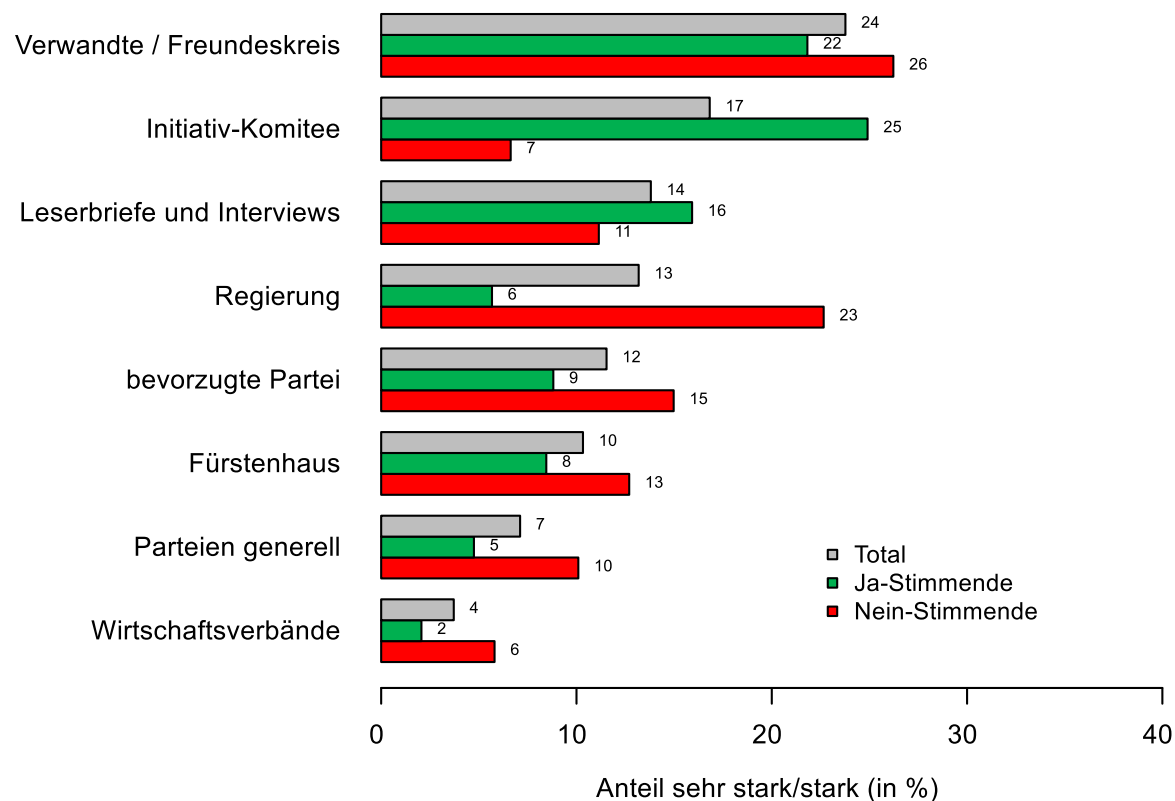
Beeinflussung durch Abstimmungsempfehlungen (in Prozent; N = 907)



Beeinflussung durch Empfehlungen zur Abstimmung nach Entscheid

Unterschiede zwischen den Ja- und Nein-Stimmenden zeigen sich vor allem bei der Rolle der Regierung, die von den Nein-Stimmenden klar häufiger genannt wurde als von den Ja-Stimmenden. Umgekehrt erkennen Ja-Stimmende häufiger einen Einfluss des Initiativ-Komitees als die Nein-Stimmenden. Die entsprechenden Anteilswerte sind aber eher tief.

Beeinflussung durch Abstimmungsempfehlungen (in Prozent; Anteil «sehr stark» und «stark»; N = 907)



Herausgeber

Liechtenstein-Institut

www.liechtenstein-institut.li

Autoren

Thomas Milic (thomas.milic@liechtenstein-institut.li)

Philippe Rochat (philippe.rochat@liechtenstein-institut.li)

Kooperationspartner Onlineumfrage

Liechtensteiner Vaterland

doi:10.13091/li-aktuell-2024-6

© Liechtenstein-Institut, Gamprin-Bendern 2024

Liechtenstein-Institut | St. Luziweg 2 | 9487 Gamprin-Bendern | Liechtenstein

T +423 320 33 00

info@liechtenstein-institut.li | www.liechtenstein-institut.li

